Staats-Anzeiger
FÜR DAS LAND HESSEN

1955 | Wiesbaden, den 30. Juli 1955 | Nr. 31

INHALT:

Seite

Der Hessische Ministerpräsident
Verlust von Unterbringungsscheinen 765

Der Hessische Minister des Innern
Beaufsichtigung der staatlichen Krankenanstalten (staatliche Universitätskliniken und Kurkrankenanstalten der Staatsbäderverwaltung) 765
Einheitsaktenplan 766
Personelle Veränderungen beim Verwaltungsgericht Darmstadt 771
Personelle Veränderungen (Dezember 1954 bis Juni 1955) . . . 771
Kleiner Grenzverkehr mit Frankreich 771
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Dexbach im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden 771
Ungarische Tokajer Weine 771
Deutsch-schweizerische Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Leichenpässen vom 10./16. 12. 1909 . . . 772
27. Ergänzungsliste zum Filmverzeichnis der FSK 772
Deutsche Arzneitaxe (Berichtigung) 773

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
Personelle Veränderungen 773
Satzung der Hessischen Landeszentrale für Heimatdienst . . 775

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
Stundung und Niederschlagung von Forderungen des Landes und Einstellung des Einziehungsverfahrens 775
Erste Durchführungsanordnung zum Hessischen Forstgesetz betr. Forstausschüsse 775

Regierungspräsidenten
KASSEL
Verlust von Ausweisen nach dem Bundesvertriebenengesetz . . 776
Viehseuchenanordnung zum Schutze gegen die Myxomatose der Kaninchen 776
Personelle Veränderungen im Schuldienst 777
WIESBADEN
Aufnahme des Geschäftsbetriebes des Viehversicherungsvereins a. G. in Kinzenbach, Krs. Wetzlar 776
Bestellung von Bienenseuchensachverständigen 776
Auflösung des Viehversicherungsvereins a. G. Kölschhausen in Kölschhausen, Krs. Wetzlar 776
Verlust von Vertriebenenausweisen 776
Personelle Veränderungen im Schuldienst 778

Verschiedenes
Ausweis der Landeszentralbank von Hessen vom 15. Juli 1955 780

Buchbesprechungen 780

Öffentlicher Anzeiger 781

Der Hessische Ministerpräsident

810

Verlust von Unterbringungsscheinen

Der Unterbringungsschein des nachstehend aufgeführten Unterbringungsteilnehmers ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt:

Hans Ortstadt, Revieroberwachtmeister der Pol.
(Beamter auf Widerruf)
Unterbringungsschein 16 — I Nr. O/0022
vom 11. August 1952.

Wiesbaden, 16. 7. 1955

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
III/12 — Je — LS 1741

Der Hessische Minister des Innern

811

Beaufsichtigung der staatlichen Krankenanstalten (staatliche Universitätskliniken und Kurkrankenanstalten der Staatsbäderverwaltung)

Die Beaufsichtigung der obengenannten Krankenanstalten wird im Einvernehmen mit dem Minister für Erziehung und Volksbildung und dem Minister der Finanzen den Regierungspräsidenten übertragen.

Für Durchführung und Umfang der Beaufsichtigung gilt der § 47 der 3. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. 3. 35 (RMBl. I S. 327) sinngemäß.

Die Besichtigungstermine sind dem Minister für Erziehung und Volksbildung bzw. dem Minister der Finanzen und mir so rechtzeitig mitzuteilen, daß die Entsendung eines Vertreters zur Teilnahme an der Besichtigung möglich ist. Der Leiter des örtlich zuständigen Gesundheitsamtes soll an den Besichtigungen teilnehmen.

Über die Besichtigung ist ein Protokoll zu fertigen. Je eine Durchschrift des Protokolls ist dem Minister für Erziehung und Volksbildung bzw. dem Minister der Finanzen und mir zu übersenden.

Wiesbaden, 2. 7. 1955

Der Hessische Minister des Innern
VII Med. a — 18 a 04 — 18 c 04 —
Tgb.Nr. 3282/55 Nr. 246

812

Einheitsaktenplan

Im Einheitsaktenplan werden die bisherigen Sammelgruppen 50 „Öffentliche Fürsorge und Wohlfahrt" und 51 „Freie Wohlfahrtspflege und Anstaltsfürsorge" aufgehoben. An ihre Stelle treten die folgenden neuen Sammelgruppen:

1. Sammelgruppe 50 „Öffentliche Fürsorge, Sonderfürsorgegebiete und freie Wohlfahrtspflege"

Sammelgruppe		Sachgruppe		1. Untergruppe	
Az.	Inhalt	Az.	Inhalt	Az.	Inhalt
50	Öffentliche Fürsorge, Sonderfürsorgegebiete und freie Wohlfahrtspflege	a	Bundesrechtliche Vorschriften über die öffentliche Fürsorge	02	Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht
				04	Ausführungsverordnungen des Bundes zur Fürsorgepflichtverordnung, zu den Reichsgrundsätzen und zum Fürsorgeänderungsgesetz
				06	Runderlasse des RMdI und RAM zur Durchführung der öffentlichen Fürsorge, insbesondere betr. Aufbau der Richtsätze
				08	Richtlinien und Verwaltungsvorschriften des Bundes über die öffentliche Fürsorge
				10	
				12	Allgemeine Fragen der Gesamtsozialreform
				14	Fürsorgeabkommen und -verträge mit dem Ausland
				16	Fürsorgefragen berührende Bundesgesetze und -verordnungen
		b	Innerdeutsche Fürsorgerechtsvereinbarungen	02	Fürsorgerechtsvereinbarung
				04	Hamburger Vereinbarung
				06	Wiesbadener Vereinbarung
				08	Kasseler Abkommen
		c	Landesgesetze und -verordnungen über die öffentliche Fürsorge	02	Preußische Ausführungsverordnung zur Fürsorgepflichtverordnung
				04	Hessisches Ausführungsgesetz zur Fürsorgepflichtverordnung
				06	Das neue „Hessische Landesfürsorgegesetz"
				08	Bestimmungen des Landes im Rahmen der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentl. Fürsorge
		d	Sonstige Landesregelungen grundsätzlicher Art auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge	02	Fürsorgerichtlinien (Allgemeines)
				04	Bildung, Geschäftsführung und Aufgaben eines Landesfürsorgebeirates
				06	Rechtsmittel in der öffentlichen Fürsorge
				08	Aufsichtsangelegenheiten (Allgemeines)
				10	Fürsorgelastenverteilung innerhalb Hessens
				12	Delegation von Fürsorgeaufgaben
				14	Zuständigkeits- und Verfahrensregelungen
		e	Fürsorgerichtsätze, Anstaltspflegesätze, Taschengeld, Einkommenssätze für die Wochenfürsorge, sonstige Unterstützungssätze	02	Richtsätze der offenen Fürsorge in Hessen
				04	Mietbeihilfen
				06	Auffanggrenze
				08	Mehrbedarfszulagen
				10	Fürsorgerichtsätze anderer Länder
				12	Pflegesätze in Anstalten und Heimen
				14	Taschengeld im Rahmen der geschlossenen Fürsorge
				16	Fürsorgerechtliche Wochenhilfe
				18	Mitwirkung in Fragen des Pflegegeldes für Pflegekinder
		f	Einzelgebiete und Einzelfragen der öffentlichen Fürsorge	02	Fürsorgerechtliche Krankenhilfe
				04	Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen
				06	Erholungsfürsorge
				08	Hausbrandbeihilfen der öffentlichen Fürsorge
				10	Fürsorge für Streikende und deren Angehörige
				12	Fürsorgearbeit und Pflichtarbeit nach § 19 RFV
				14	Anstaltsfürsorge für Landeshilfsbedürftige
				16	Ersatz von Fürsorgeaufwendungen durch Drittverpflichtete (Lebensbedarfsschuldner) gemäß §§ 21, 21a RFV (Allgemeines)
				18	Unterhaltsleistungen von Angehörigen Hilfsbedürftiger
				20	Ersatz von Fürsorgekosten auf Grund der §§ 25, 25a RFV
				22	Nichtverwertungs- und nichtanrechnungspflichtiges Einkommen und Vermögen
				24	Sicherungsanmeldungen nach § 18 RFV
				26	
				28	
				30	
				32	Gesuche, Eingaben, Anträge in Einzelfällen

Sammelgruppe		Sachgruppe		1. Untergruppe	
Az.	Inhalt	Az.	Inhalt	Az.	Inhalt
50	Öffentliche Fürsorge, Sonderfürsorgegebiete und freie Wohlfahrtspflege	g	Soziale Sondermaßnahmen	02	Weihnachtsbeihilfen
				04	Hilfe für Interzonenreisende
				06	Verteilung von In- und Auslandsspenden durch Fürsorgeverbände
				08	Rundfunk- und Fernsehgebührenbefreiung
				10	Hilfsmaßnahmen aus besonderen Anlässen oder bei unvorhergesehenen Notständen
				12	Fahrpreisermäßigungen
				14	Mitwirkung bei der Gewährung von Bundesbeihilfen zum Ausgleich von Härten im Rahmen der betrieblichen Altersfürsorge
		h	Kriegsgefangenen- und Heimkehrerbetreuung	02	Rechtsgrundlagen
				04	Kriegsgefangene
				06	Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer nach Bundesrecht (insbesondere nach dem Heimkehrergesetz)
				08	Besondere Hilfsmaßnahmen des Landes für Heimkehrer
				10	Durchführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes
				12	Maßnahmen zugunsten Angehöriger von Kriegsgefangenen
				14	
				16	
				18	Sonstige allgemeine Fragen der Heimkehrerbetreuung
		i	Kriegsgräberfürsorge	02	Allgemeine Verordnungen, Erlasse, Verhandlungen
				04	Ausschuß für staats- und verwaltungsrechtliche Fragen
				06	Kriegsgräbergesetz, Kriegsgräberabkommen zwischen dem Bund und ausländischen Regierungen
				08	Kriegsgräberanlagen
				10	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
				12	Kriegsgräberkosten
		k	Kriegsfolgenhilfe	02	Überleitungsgesetz und Durchführungsverordnungen
				04	Sonstige Ausführungsbestimmungen zur gesamten Kriegsfolgenhilfe
				06	Pauschalierung der Kriegsfolgenhilfe
				08	Individuelle Fürsorge für SBZ-Flüchtlinge
				10	Verrechnungsfähige Aufwendungen der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte u. Kriegshinterbliebene
				12	
				14	
				16	Rückführung von Deutschen
				18	Rückführung von Evakuierten
				20	Umsiedlung von Heimatvertriebenen
				22	Auswanderung von KFH-Empfängern
				24	Mittelbewirtschaftung und Abrechnung
				26	Prüfungswesen
		l			
		m			
		n	Fürsorge für Blinde, Hör- u. Sprachgeschädigte	02	Bundesrechtliche Vorschriften betr. Fürsorge für Zivilblinde
				04	Grundsatzfragen auf dem Gebiet der Blindenbetreuung
				06	Regelungen und Maßnahmen des Landes betr. Zivilblinde
				08	Vorschriften anderer Länder auf dem Gebiet der Blindenfürsorge
				10	Blindenorganisationen
				12	Fürsorge für Hör- und Sprachgeschädigte
		o	Körperbehindertenfürsorge	02	Bundesrechtliche Vorschriften
				04	Grundsatzfragen auf dem Gebiet der Fürsorge für Körperbehinderte
				06	Regelungen und Maßnahmen des Landes für Körperbehinderte
				08	Vorschriften anderer Länder auf dem Gebiet der Körperbehindertenfürsorge
				10	Organisationen und Einrichtungen für Körperbehinderte
				12	Spenden des Hessischen Rundfunks an Körperbehinderte und Beschädigte

Sammelgruppe		Sachgruppe		1. Untergruppe	
Az.	Inhalt	Az.	Inhalt	Az.	Inhalt
50	Öffentliche Fürsorge, Sonderfürsorgegebiete und freie Wohlfahrtspflege	p	Tuberkulosefürsorge	02	Bundesrechtliche Vorschriften
				04	Grundsatzfragen auf dem Gebiet der Tbc-Hilfe (Allgemeines)
				06	Vorschriften über die Tbc-Hilfe in anderen Ländern
				08	Regelung der Tbc-Hilfe in Hessen und wichtige Einzelgebiete
				10	Tbc-Hilfe-Organisationen
				12	Maßnahmen der Tuberkulosefürsorge in Heilstätten, Genesungs- und Erholungsheimen, Ausbildungsstätten
		q	Geschlechtskrankenfürsorge	02	Bundesrechtliche Vorschriften über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
				04	Landesrechtliche Bestimmungen über die GK-Bekämpfung und GK-Fürsorge
				06	Grundsatzfragen auf dem Gebiet der Geschlechtskrankenbekämpfung und -fürsorge
				08	Regelung der GK-Bekämpfung und der GK-Fürsorge in anderen Ländern
				10	Wichtige Einzelgebiete der GK-Fürsorge
				12	Organisationen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
				14	Einzelfälle
				16	Maßnahmen der GK-Fürsorge in Anstalten, Heimen und sonstigen Einrichtungen
		r	Fürsorge für Geisteskranke und Geistesschwache	02	Bundesrechtliche Grundlagen
				04	Grundsatzfragen auf dem Gebiet der Fürsorge für Geisteskranke und Geistesschwache
				06	Regelungen anderer Länder auf dem Gebiet der Fürsorge für Geisteskranke
				08	Fürsorge für Geisteskranke und Geistesschwache in Hessen
				10	Fürsorgemaßnahmen in Anstalten, Heimen und sonstigen Einrichtungen für Geisteskranke und Geistesschwache
				12	Einzelfälle
		s	Nichtseßhaften- und Obdachlosenfürsorge; Strafentlassenenfürsorge	02	Bundesrechtliche Vorschriften über die Nichtseßhaften-, Obdachlosen- und Strafentlassenenfürsorge
				04	Grundsatzfragen auf dem Gebiet der Nichtseßhaften-, Obdachlosen- und Strafentlassenenfürsorge
				06	Regelung der Nichtseßhaften-, Obdachlosen- und Strafentlassenenfürsorge in anderen Ländern
				08	Fürsorge für Nichtseßhafte und Obdachlose in Hessen
				10	Maßnahmen der Fürsorge für Nichtseßhafte in Arbeiterkolonien, Wandererarbeitsstätten, Anstalten, Aufnahmeheimen usw.
				12	Strafentlassenenfürsorge
				14	Verbände und Organisationen für Strafentlassenenfürsorge
		t	Gefährdeten- und Süchtigenfürsorge; Eingliederung Arbeitsscheuer und Asozialer	02	Bundesrechtliche Grundlagen der Gefährdeten- und Süchtigenfürsorge
				04	Bundesrechtliche Grundlagen der Eingliederung (Arbeitserziehung) Asozialer und Arbeitsscheuer
				06	§ 20 RFV (Arbeitshaus)
				08	Gefährdeten- und Süchtigenfürsorge und Maßnahmen gegenüber Arbeitsscheuen und Asozialen in Hessen
				10	Regelungen und Maßnahmen für Gefährdete, Süchtige, Asoziale und Arbeitsscheue in anderen Ländern
				12	Rechtsprechung und Literatur
				14	Materialien
				16	Fürsorgemaßnahmen in Anstalten, Heimen usw. für Gefährdete, Süchtige, Arbeitsscheue, Asoziale
				18	Mitwirkung in Fragen der Bekämpfung des Dirnenunwesens
				20	Einzelfälle
		u			
		v	Fürsorgeanstalten und -heime	02	Allgemeines
				04	Alters-, Siechen- und Pflegeheime
				06	Heime, Anstalten usw. für Körperbehinderte (Krüppel)
				08	Heime, Anstalten usw. für Blinde, Hör- und Sprachgeschädigte
				10	Erholungs- und Genesungsheime
				12	Übernachtungsheime, Herbergen für Obdachlose, Nichtseßhaftenheime u. ä.
				14	Sonstige Anstalten und Heime

Sammelgruppe		Sachgruppe		1. Untergruppe	
Az.	Inhalt	Az.	Inhalt	Az.	Inhalt
50	Öffentliche Fürsorge, Sonderfürsorgegebiete und freie Wohlfahrtspflege	w	Freie Wohlfahrtspflege	02	Rechtsvorschriften des Bundes und des Landes über die freie Wohlfahrtspflege
				04	Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Fürsorge und freier Wohlfahrtspflege
				06	Mildtätige Stiftungen
				08	Steuervergünstigungen für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke und Einrichtungen
				10	Arbeitsvermittlung durch die Wohlfahrtsverbände
				12	Spendenverteilung durch die Wohlfahrtsverbände
				14	Mitwirkung in Fragen der Genehmigung öffentlicher Sammlungen, Lotterien u. ä.
				16	Besondere übergebietliche Institutionen
				18	Mitgliedschaften in hessischen Fürsorgeeinrichtungen und Wohlfahrtsverbänden
				20	Angelegenheiten der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege auf der Bundesebene
				22	Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen
				24	Hessische Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
				26	Sonstige freie Wohlfahrtsvereine, -verbände und -einrichtungen in Hessen
				28	Landeszuschüsse zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege (Allgemeines)
				30	Durchführung von Sonderaufgaben im Auftrage des Landes durch freie Wohlfahrtsverbände
		x	Fürsorgepersonalfragen; Soziale Berufsausbildung	02	Fürsorgepersonal (Allgemeines)
				04	Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen (Allgemeines)
				06	Internationale Veranstaltungen

2. Sammelgruppe 51 „Soziale Kriegsopferfürsorge und Schwerbeschädigtenschutz“

Sammelgruppe		Sachgruppe		1. Untergruppe	
Az.	Inhalt	Az.	Inhalt	Az.	Inhalt
51	Soziale Kriegsopferfürsorge und Schwerbeschädigtenschutz	a	Bundesrechtliche Vorschriften über die soziale Kriegsopferfürsorge	02	Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene nach den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge (§§ 19 bis 32 RGr)
				04	Soziale Fürsorge, Arbeits- und Berufsförderung nach dem Bundesversorgungsgesetz (§§ 25 bis 27 BVG)
				06	Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge
				08	Verordnung über die Fürsorge für Kriegsblinde und hirnverletzte Kriegsbeschädigte
				10	Verordnung zur Durchführung des § 26 BVG
				12	Verwaltungsvorschriften des Bundes zur Durchführung der §§ 25 bis 27 BVG
				14	
				16	
				18	Richtlinien, Empfehlungen usw. des Bundes zur Durchführung der sozialen Kriegsopferfürsorge
		b	Landesvorschriften über die soziale Kriegsopferfürsorge	02	Vorschriften der Preuß. Ausführungsverordnung und des Hess. Ausführungsgesetzes zur Reichsfürsorgepflichtverordnung und zu den Reichsgrundsätzen auf dem Gebiet der sozialen Kriegsopferfürsorge
				04	Regelung der sozialen Kriegsopferfürsorge im Rahmen eines neuen hessischen Landesfürsorgegesetzes
				06	Richtlinien des Landes Hessen über die Gewährung von Erziehungsbeihilfen gemäß § 27 BVG
				08	Sonstige grundsätzliche Landesregelungen auf dem Gebiet der sozialen Kriegsopferfürsorge
				10	Regelung der sozialen Kriegsopferfürsorge in anderen Ländern
		c	Beiräte und Ausschüsse für Aufgaben der sozialen Kriegsopferfürsorge	02	Bundesausschuß für KB- und KH-Fürsorge
				04	Beirat bei der Hauptfürsorgestelle
				06	Beiräte bei den Bezirksfürsorgestellen
				08	Behandlung von Fragen der sozialen Kriegsopferfürsorge im Landesbeirat für Schwerbeschädigtenfragen
				10	Beiräte und Ausschüsse für die soziale Kriegsopferfürsorge im Rahmen eines neuen hessischen Landesfürsorgegesetzes

Sammelgruppe		Sachgruppe		1. Untergruppe	
Az.	Inhalt	Az.	Inhalt	Az.	Inhalt
51	Soziale Kriegsopferfürsorge und Schwerbeschädigtenschutz	d	Kriegsopferorganisationen	02	Europäische und Weltorganisation
				04	Kriegsopferorganisationen auf Bundesebene
				06	Hessische Kriegsopferorganisationen
		e	Organisations-, Personal- und Zuständigkeitsfragen auf dem Gebiet der sozialen Kriegsopferfürsorge	02	Organisations- und Personalfragen
				04	Örtliche und sachliche Zuständigkeit
				06	Angelegenheiten der Dienst- und Fachaufsicht
				08	Verfahrensfragen
		f	Rechtsmittel auf dem Gebiet der sozialen Kriegsopferfürsorge		
		g	Durchführung der sozialen Kriegsopferfürsorge (Einzelgebiete)	02	Arbeits- und Berufsförderung für Kriegsbeschädigte
				04	Erziehungsbeihilfen zur Schul- und Berufsausbildung von Kriegerwaisen und Kindern Beschädigter
				06	Berufs- und Wirtschaftshilfe für Witwen und Ehefrauen der Kriegs- und Arbeitsopfer
				08	Erholungs- und Gesundheitsfürsorge für Kriegsopfer
				10	Wohnungs- und Siedlungsfürsorge für Kriegsopfer
				12	Sonderfürsorge für Kriegsblinde, Hirnverletzte, Ohnhänder, Doppelamputierte und andere Empfänger der Pflegezulage gemäß § 25 Abs. 2 BVG
				14	Produktiv- und Beschaffungsdarlehen für Kriegsopfer
				16	Vergünstigungen für Kriegsopfer
				18	Ausweise für Kriegsbeschädigte
				20	Versehrtensport
				22	Materialien betr. soziale Kriegsopferfürsorge
		h			
		i			
		k	Bundesrechtliche Vorschriften über den Schwerbeschädigtenschutz	02	Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter
				04	Durchführungsverordnungen
				06	
				08	
				10	
				12	Richtlinien, Empfehlungen usw. des Bundes
		l	Landesregelungen auf dem Gebiet des Schwerbeschädigtenschutzes	02	Landesrichtlinien über die Gleichstellung Minderbeschädigter und Schwererwerbsbeschränkter nach § 2 SBG
				04	Landesrichtlinien über die Anerkennung von Betrieben als Schwerbeschädigtenbetriebe
				06	Zusammenfassung von Betrieben desselben Arbeitgebers zur Feststellung der Zahl der Arbeitsplätze gemäß § 6 Abs. 2 SBG
				08	Maßnahmen zur Unterbringung Schwerbeschädigter im öffentlichen Dienst
				10	Delegation von Aufgaben der Hauptfürsorgestelle auf die Bezirksfürsorgestellen
				12	Richtlinien über die Benennung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes für den Beschwerdeausschuß bei der Hauptfürsorgestelle
				14	Aufsichtangelegenheiten
				16	Verfahrens-, Organisations- und Zuständigkeitsfragen
				18	Sonstige grundsätzliche Landesregelungen auf dem Gebiet des Schwerbeschädigtenschutzes
				20	Regelungen auf dem Gebiet des Schwerbeschädigtenschutzes in anderen Ländern
		m	Beiräte und Ausschüsse für Fragen des Schwerbeschädigtenschutzes	02	Beschwerdeauschuß bei der Hauptfürsorgestelle
				04	Beschwerdeausschuß beim Landesarbeitsamt
				06	Beratender Ausschuß bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und beim Landesarbeitsamt Hessen
				08	Landesbeirat für Schwerbeschädigtenfragen
		n	Rechtsmittel auf dem Gebiet des Schwerbeschädigtenschutzes		
		o	Einzelgebiete und Einzelfragen des Schwerbeschädigtenschutzes	02	Anerkennung der Schwerbeschädigteneigenschaft
				04	Gleichstellung Minderbeschädigter und Schwererwerbsbeschränkter nach § 2 SBG
				06	Umfang der Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber
				08	Nichtanrechnung oder begrenzte Anrechnung von Arbeitsplätzen auf die Pflichtquote
				10	Erfüllung der Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber
				12	Erfüllung der Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber durch besondere Leistungen der Arbeitsfürsorge

Sammelgruppe		Sachgruppe		1. Untergruppe	
Az.	Inhalt	Az.	Inhalt	Az.	Inhalt
51	Soziale Kriegsopferfürsorge und Schwerbeschädigtenschutz	o	Einzelgebiete und Einzelfragen des Schwerbeschädigtenschutzes	14	Anzeigepflicht und sonstige Pflichten der Arbeitgeber gemäß den §§ 11 und 12 SBG
				16	Ausgleichsabgabe
				18	Schwerbeschädigtenbetriebe und Blindenwerkstätten
				20	Vertrauensmann der Schwerbeschädigten; Pflichten der Betriebsräte
				22	Kündigungsschutz
				24	Zusatzurlaub
				26	Bevorzugte Berufszulassung für Schwerbeschädigte sowie Witwen und Ehefrauen der Kriegs- und Arbeitsopfer
				28	Literatur und Rechtsprechung
				30	Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen zugunsten Schwerbeschädigter
				32	Materialien betr. Schwerbeschädigtenschutz und Einzelfälle

Wiesbaden, 14. 7. 1955

Der Hessische Minister des Innern
I a (1) — 7 d

813

Personelle Veränderungen beim Verwaltungsgericht Darmstadt

Verwaltungsgerichtsrat Roth wurde mit Urkunde des Hess. Ministers der Justiz vom 29. Juni 1955 zum Verwaltungsrichter auf Lebenszeit berufen.

Darmstadt, 13. 7. 1955.

Der Präsident des Verwaltungsgerichtes Darmstadt

814

Personelle Veränderungen (Dezember 1954 bis Juni 1955):

ernannt:

zum Ministerialrat:	Regierungsdirektor (BaL.) Joachim Oppenheimer (4. 12. 1954)
zum Regierungsrat (BaK.):	Regierungsassessor Adolf Müller (3. 12. 1954)
zu Regierungsassessoren:	Assessor Dr. Rolf Wippich (1. 12. 1954) und Josef Karsch (21. 12. 1954)
zum Finanzprüfer (A 3 b):	Regierungsoberinspektor (BaL.) August Sohnrey (12. 3. 1955)
zum Regierungsoberinspektor	Regierungsinspektor (BaL.) Werner Scholz (28. 3. 1955)
zum Regierungsoberinspektor (BaL.):	Stadtamtmann z. Wv. Walter Stoll (28. 2. 1955)
zum Regierungsinspektor (BaK.):	Angestellter Hermann Altenburg (1. 4. 1955)

berufen:

Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:	die Regierungsräte Harold Vetter (21. 3. 1955) und Erwin Göllner (14. 4. 1955), Regierungsinspektor Hans-Heinrich Mindemann (10. 3. 1955).

Wiesbaden, 15. 7. 1955

Der Hessische Minister des Innern
I b 2 — 8 b — P 154

815

Kleiner Grenzverkehr mit Frankreich

Bei den Paßbehörden an der deutsch-französischen Grenze bitten täglich Reisende aus allen Teilen des Bundesgebiets um Ausstellung eines Grenzpassierscheins für den Grenzübertritt nach Frankreich. Da nach den Bestimmungen des deutsch-französischen Abkommens über den Kleinen Grenzverkehr mit Frankreich vom 16. 12. 1954 Grenzpassierscheine nur den Bewohnern der etwa zehn km breiten Grenzzone erteilt werden dürfen, müssen alle anderen Personen abgewiesen werden.

Ich weise deshalb darauf hin, daß — mit Ausnahme der Bewohner der Grenzzone — Deutsche zum Grenzübertritt nach Frankreich stets einen gültigen Reisepaß besitzen müssen, der nur von der für den Wohnort zuständigen Paßbehörde ausgestellt wird.

Wiesbaden, 12. 7. 1955

Der Hessische Minister des Innern — Abteilung III Öffentliche Sicherheit — III b — 23 c 02

816

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Dexbach im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Dexbach im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebenen Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung:

„In Gold ein Kirschenbüschel mit drei roten Kirschen (2 zu 1) und drei grünen Blättern (1 zu 2)."

Wiesbaden, 16. 7. 1955

Der Hessische Minister des Innern
IV b (2) — 3 k 06 — 6/55

817

Ungarische Tokajer Weine

Nachstehend gebe ich einen Erlaß des Bundesministers der Finanzen zur Einfuhr von Tokajer Weinen bekannt:

„Einfuhr von Tokajer Wein aus Ungarn
BdF-Erlaß vom 3. Juni 1955 III B 4 — Z 2515 (Ungarn) — 45/55 (BZBl. 1955 S. 421)

Nach Feststellung des Bundesinnenministeriums handelt es sich bei ungarischen Weinen mit der Bezeichnung „Tokajer Szamorodner süß" und „Tokajer Ausbruch" um Dessertweine. Nach dem ungarischen Weingesetz ist bei der Herstellung dieser Weine ein Zusatz an Alkohol bis zu 4 Vol.% gestattet. Weine der genannten Bezeichnung sind nach § 17a der Weinzollordnung zu behandeln und demgemäß in jedem Falle der Untersuchung auf Nämlichkeit (Nachuntersuchung im Sinne des § 17a Abs. 4 WZO) zuzuführen. Hinsichtlich der Mitwirkung der Zollbehörden bei der Untersuchung auf Einfuhrfähigkeit ungarischer Weine gelten die übrigen einschlägigen Vorschriften des I. Abschnittes der Weinzollordnung, insbesondere die §§ 2, 6 und 8."

Wiesbaden, 18. 7. 1955

Der Hessische Minister des Innern
VII Med/e — 20 a 32 —
Tgb.Nr. 3497/55

818

Deutsch-schweizerische Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Leichenpässen vom 10./16. 12. 1909

Bezug: Mein RdSchreiben Tgb.Nr. 2345/55 vom 10. 5. 1955 (veröffentl. im StAnz. S. 545)

Im Nachgang zu meinem Bezugsrundschreiben übermittle ich als Beilage den von dem Herrn Bundesminister des Innern mit Schreiben Az. 61 028 — A — 760/55 vom 30. 6. 1955 bekanntgegebenen schweizerischen Bundesratsbeschluß über die Abänderung des Verzeichnisses der zur Ausstellung von Leichenpässen zuständigen schweizerischen und liechtensteinischen Behörden vom 20. 7. 1954 mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 11. 7. 1955 **Der Hessische Minister des Innern**
Öffentl. Gesundheitswesen
VII med c 20 a — Tgb.Nr. 3382/55

Anlage (Abschrift)

Bundesratsbeschluß über die Abänderung des Verzeichnisses der zur Ausstellung von Leichenpässen zuständigen schweizerischen Behörden
(Vom 20. Juli 1954)

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Artikel 7 des Bundesgesetzes betreffend Maßnahmen gegen gemeingefährliche Epidemien vom 2. Juli 1886/18. Februar 1921[1]),
beschließt:

Einziger Artikel

Das Verzeichnis der zur Ausstellung von Leichenpässen zuständigen schweizerischen Behörden (Anlage II zu der Verordnung vom 6. Oktober 1891/24. Mai 1949[2]) betreffend den Leichentransport) wird mit Wirkung ab 22. Juli 1954 aufgehoben und durch folgendes neues Verzeichnis ersetzt:

Verzeichnis der zur Ausstellung von Leichenpässen zuständigen schweizerischen bzw. liechtensteinischen Behörden

I. Für Leichentransporte im Innern der Schweiz (mit Einschluß des Fürstentums Liechtenstein) sowie nach dem Auslande.

Kanton:	Behörde:
1. Zürich	Polizeidirektion
2. Bern	Regierungsstatthalterämter
3. Luzern	Statthalterämter
4. Uri	Standeskanzlei
5. Schwyz	Kantonskanzlei
6. Obwalden	Polizeidirektion
7. Nidwalden	Polizeidirektion
8. Glarus	Polizeidirektion
9. Zug	Polizeikommando
10. Freiburg	Statthalterämter
11. Solothurm	Oberämter
12. Basel-Stadt	Sanitätsdepartement (Bestattungsbureau)
13. Basel-Landschaft	Sanitätsdirektion und Gemeindeverwaltungen
14. Schaffhausen	Polizeidirektion
15. Appenzell A.-Rh.	Kantonskanzlei
16. Appenzell I.-Rh.	Polizeidirektion und Bezirkshauptmannamt Oberegg
17. St. Gallen	Bezirksämter
18. Graubünden	Kantonale Polizeiabteilung (Paß- und Patentbüro); Bezirkskommissariate nur für Inland und lokalen Grenzverkehr
19. Aargau	Bezirksämter
20. Thurgau	Polizeidepartement und Bezirksämter
21. Tessin	Gemeindeverwaltungen
22. Waadt	Departement des Innern und Regierungsstatthalterämter (préfectures)
23. Wallis	Polizeidepartement
24. Neuenburg	Departement des Innern
25. Genf	Justiz- u. Polizeidepartement (Polizeikommissariat)
Ferner für das Fürstentum Liechtenstein:	Fürstlich-Liechtensteinische Regierung

[1]) BS 4, 345.
[2]) BS 4, 411 und 417, AS 1949, I, 483.

II. Für Leichentransporte in oder durch die Schweiz (mit Einschluß des Fürstentums Liechtenstein).

1. Der Direktor des Eidgenössischen Gesundheitsamtes, ausgenommen für Transporte aus folgenden Ländern, die dem Internationalen Abkommen über Leichenbeförderung vom 10. Februar 1937[1]) beigetreten sind und für welche die Ausstellung des Leichenpasses durch die zuständige ausländische Behörde genügt: Ägypten, Belgien, Chile, Deutschland, Frankreich, (inbegriffen Algerien), Italien, Mexiko, Rumänien, Tschechoslowakei und Türkei.

[1]) BS 12, 460.

2. Sämtliche diplomatische und konsularische Vertretungen der Schweiz im Ausland, mit Ausnahme derjenigen in den unter Ziffer 1 genannten Ländern.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Übereinkommens zwischen der schweizerischen und der österreichischen Regierung betreffend Leichentransporte im lokalen Grenzverkehr vom 17. Mai 1952[1]), wonach die Leichenpässe für Transporte aus dem österreichischen Grenzgebiet in die schweizerische Grenzzone einschließlich das Fürstentum Liechtenstein von den österreichischen Bezirksverwaltungsbehörden ausgestellt werden.

[1]) AS 1952, 517.

Bern, den 20. Juli 1954

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,
Der Bundespräsident:
gez. Rubattel
Der Vizekanzler:
gez. F. Weber

819

27. Ergänzungsliste zum Filmverzeichnis der FSK

Die aufgeführten Filme benennen die jugendgeeigneten Filme; die Titel derjenigen Filme, die außerdem jugendfördernd sind, tragen vor der Prüfnummer ein x.

Prüf-Nr.	Titel	Verleih	Länge:
a) Spielfilme			
x10040-S	Aller schlechten Dinge sind drei	Metro-Goldwyn-Mayer	74
9753-a	Carola Lamberti	Europa-Filmverl.	2487
596-S	Circus Renz	Ing. Ewald Paikert Schmalfilmverleih	1013
10011	Drei Männer im Schnee	Deutsche London Film	2543
412-S	Dschungel ruft, Der	Ing. Ewald Paikert Schmalfilmverleih	1122
10015	Endspurt	Centfox-Film	2642
9911-R	Favorit, Der	Centfox-Film	2501
x9927	Fuzzy, der Banditenschreck	Lifa-Filmges.	1743
9400	Gegen Terror und Banditen	United Artists	2008
9978	Griff nach den Sternen	Allianz Film	2950
x9336	große Wurf, Der	RKO Radio Filmges.	2402
8905	Hand am Abzug, Die	United Artists	2159
x10038-S	Heinzelmännchens Schuhparade	Metro-Goldwyn-Mayer	72
9111	Jagdstaffel z. b. V.	United Artists	2421
8934	kleinen Detektive, Die	Jugendfilm-Verleih	2219
9949-R	König der Schauspieler	Centfox-Film	2629
9361	Königin der Berge	RKO Radio Filmges.	2414
3981-a	Lachen ohne Ende	Deutsche Film-Agentur	2230
9669-R	Mit Leib und Seele	Columbia Filmges.	3747
9959	Operettenklänge	Döring Film	2141
2450-a	Pat und Patachon im Zirkus	Athena-Film-Verl.	2064
x10041-S	Quäle nie ein Tier zum Scherz	Columbia-Filmges.	197
9204	R 3 überfällig	United Artists	2177
8014	Rebell von Neapel, Der	Pallas-Film-Verl.	2489

Prüf-Nr.	Titel	Verleih	Länge
x345-S	Sein bester Freund	Ing. Ewald Paikert Schmalfilmverleih	1176
9164	Terror am Rio Grande	Paramount Films	2408
x10039-S	Vater und Sohn	Metro-Goldwyn-Mayer	80
9122	Verrat am Khyber Paß	United Artists	1966
x9992-R	weiße Feder, Die	Centfox-Film	2789
10049	20. Juli, Der	Herzog-Filmverl.	2661
x10037-S	zwei Musketiere, Die	Metro-Goldwyn-Mayer	80
b) Kulturfilme über 900 m Länge			
x9627-a	Unterwegs nach Feuerland	Kulturfilm-Dienst Hans Appeldorn	2103

Anmerkung:

Ein a oder b hinter der Prüfnummer bedeutet, daß eine zweite oder dritte Freigabekarte herausgegeben wurde. Dies wird notwendig, wenn sich nachträglich Änderungen (Entscheidung, andere Verleiher) ergeben.

Schmalfilme tragen hinter der Prüfnummer ein S und Raumfilme ein R.

Wiesbaden, 8. 7. 1955

Der Hessische Minister des Innern
— Jugendwohlfahrt —
Az.: IX c/1/52 c—08—01/979 H/55

820

Deutsche Arzneitaxe;

hier: Ermäßigter Abschlag auf die Preise der Arzneitaxe für kleine Apotheken
— StAnz. 1955 S. 709 —

In Zeile 7 muß es statt „Apotheke in Roboldshausen" richtig heißen:

Apotheke in Raboldshausen"

Wiesbaden, 22. 7. 1955

Der Hessische Minister des Innern
Öffentliches Gesundheitswesen
VII/Pharm 18 h 16 01

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

821 **Personelle Veränderungen**

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Dienststelle	Ernennung zum	unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf:	mit Urkunde v. a) d. H. Ministerpräsidenten b) d. H. Min. f. Erziehung u. Volksbildung
1	Hollstein, Otto	Staatstheater Wiesbaden	Kammermusiker	Kündigung	b) 12. 10. 1954
2	Kehrmann, Heinrich	Staatstheater Wiesbaden	Kammermusiker	Kündigung	b) 12. 10. 1954
3	Brunet, Richard	Philipps-Universität Marburg	Verwaltungsassistenten	Kündigung	b) 9. 11. 1954
4	Dr. Rausch, Edwin	Joh.-Wolfg.-Goethe-Univ. Ffm.	außerordentl. Professor	Lebenszeit	a) 19. 11. 1954
5	Dr. Ing. Bock, Günther	Techn. Hochschule Darmstadt	ordentl. Professor	Lebenszeit	a) 18. 11. 1954
6	Dr. Rüster, Herbert	Westd. Bibliothek Marburg	Bibliotheksrat	Lebenszeit	a) 19. 11. 1954
7	Dr. Ohlemutz, Walter	Techn. Hochschule Darmstadt	Vermessungsrat	Lebenszeit	a) 22. 11. 1954
8	Heun, Josef	Staatl. Landesbildstelle Hessen in Frankfurt/M.	Direktor der Landesbildstelle	Lebenszeit	a) 8. 1. 1955
9	Dr. Koch, Helmut	Joh.-Wolfg.-Goethe-Univ. Ffm.	außerordentl. Professor	Lebenszeit	a) 18. 1. 1955
10	Eidenmüller, Rudolf	Landestheater Darmstadt	Theaterassistenten	Lebenszeit	b) 18. 2. 1955
11	Posner, Gerhard	Just.-Liebig-Hochschule Gießen	Verwaltungssekretär	Kündigung	b) 29. 1. 1955
12	Leinberger, Anna	Landesbibliothek Fulda	außerplanm. Bibliotheksinspektorin	Widerruf	b) 2. 4. 1955
13	Dr. Rössler, Hellmuth	Techn. Hochschule Darmstadt	außerordentl. Professor	Lebenszeit	a) 5. 4. 1955
14	Walinski, Hiltrud	Landw.-pädag. Institut Gießen	Dozentin	Kündigung	a) 7. 4. 1955
15	Dr. Ing. Frühauf, Gerhard	Techn. Hochschule Darmstadt	ordentl. Professor	Lebenszeit	a) 7. 5. 1955
16	Dr. Viebrock, Helmut	Joh.-Wolfg.-Goethe-Univ. Ffm.	ordentl. Professor	Lebenszeit	a) 27. 5. 1955
17	von Wachholtz, Helmut	Staatstheater Wiesbaden	Verwaltungsinspektor	Widerruf	b) 27. 5. 1955
18	Dr. Struwe, Friedrich	Landw.-pädag. Institut Gießen	Dozenten	Kündigung	a) 2. 6. 1955
19	Schenk, Robert	Landw.-pädag. Institut Gießen	Verwaltungsinspektor	Lebenszeit	b) 4. 6. 1955
20	Dr. Ing. Zinke, Otto	Techn. Hochschule Darmstadt	ordentl. Professor	Lebenszeit	a) 9. 6. 1955

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Amtsbezeichnung	Dienststelle	Versetzung in den Ruhestand, Emeritierung Entlassungen	mit Wirkung vom:	mit Urkunde d. H. Min. für Erziehung u. Volksbildung
1	Welcker, Fritz	Gartenmeister	Philipps-Universität Marburg	Entlassung a. eig. Antr.	1. 10. 1954	12. 11. 1954
2	Rau, Karl	Verwaltungsobersekretär	Just.-Liebig-Hochschule Gießen	Ruhestand	1. 1. 1955	1. 12. 1954
3	Rasp, Friedrich	Verwaltungsinspektor	Landw.-pädag. Institut Gießen	Ruhestand	1. 1. 1955	15. 11. 1954
4	Hammel, Karl	Institutsgehilfe	Just.-Liebig-Hochschule Gießen	Ruhestand	1. 11. 1954	27. 9. 1954
5	Funk, Konrad	Verwalt.-Oberinspektor	Pädagog. Institut Weilburg	Ruhestand	1. 2. 1955	28. 12. 1954
6	Dr. Bogen, Hans Joachim	außerordentl. Professor	Philipps-Universität Marburg	Entlassung a. eig. Antr.	1. 3. 1955	26. 2. 1955
7	Dr. Krafft, Maximilian	außerplanm. Professor	Philipps-Universität Marburg	Ruhestand	1. 4. 1955	1. 3. 1955
8	Fischer, Ernst	Kammermusiker	Staatstheater Wiesbaden	Ruhestand	1. 4. 1955	14. 3. 1955
9	Ette, Erich	Museumsaufseher	Staatl. Kunstsammlungen Kassel	Ruhestand	1. 5. 1955	25. 3. 1955
10	Dr. Reidemeister, Kurt	ordentl. Professor	Philipps-Universität Marburg	Entlassung a. eig. Antr.	2. 5. 1955	2. 5. 1955
11	Enger, Richard	Verwaltungsobersekretär	Staatsarchiv Marburg	Ruhestand	1. 6. 1955	6. 5. 1955
12	Dr. med. Schloßberger, Hans	ordentl. Professor	Joh.-Wolfg.-Goethe-Univ. Ffm.	Emeritierg.	31. 5. 1955	11. 5. 1955
13	Krönert, Hans	Verwaltungsinspektor	Landeskonservator von Hessen Wiesbaden	Ruhestand	1. 6. 1955	12. 5. 1955

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Dienststelle	Beförderung	Beamtenverhältnis	mit Urkunde v. a) d. H. Ministerpräsidenten b) d. H. Min. f. Erziehung u. Volksbildung
1	Dr. Spemann, Fritz Studienrat	Hess. Lehrerfortbildungswerk	Dozenten	Lebenszeit	a) 1. 10. 1954
2	Walldorf, Irene, apl. Bibliotheksinspektorin	Hess. Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt	Bibliotheksinspektorin	Kündigung	b) 8. 10. 1954
3	Berndt, Johanna, apl. Bibliotheksinspektorin	Just.-Liebig-Hochschule Gießen	Bibliotheksinspektorin	Lebenszeit	b) 21. 10. 1954
4	Kämmer, August, Techn. Assistent	Techn. Hochschule Darmstadt	Werkmeister	Lebenszeit	b) 26. 10. 1954
5	Karg, Heinrich, Techn. Gehilfe	Techn. Hochschule Darmstadt	Techn. Assistenten	Lebenszeit	b) 26. 10. 1954
6	Heusel, Georg, Erster Laboratoriumswerkmstr.	Just.-Liebig-Hochschule Gießen	Werkmeister	Lebenszeit	b) 3. 11. 1954
7	Rühl, Erika, apl. Verwaltungsinspektorin	Techn. Hochschule Darmstadt	Verwaltungsinspektorin	Kündigung	b) 9. 11. 1954
8	Dichert, Johann, Theaterwart	Staatstheater Kassel	Betriebsassistent	Lebenszeit	b) 12. 11. 1954
9	Nenninger, Heinz, Verwaltungsinspektor	Techn. Hochschule Darmstadt	Verwaltungsoberinspektor	Lebenszeit	b) 20. 11. 1954
10	Dr. Papritz, Johannes, Staatsarchivrat	Staatsarchiv Marburg	Staatsarchivdirektor	Lebenszeit	a) 22. 11. 1954
11	Dr. Cramer, Claus, Archivassessor	Staatsarchiv Marburg	Staatsarchivrat	Lebenszeit	a) 30. 11. 1954
12	Henkensiefken, Friedrich, Schloßinspektor	Verwaltg. der Staatl. Schlösser und Gärten Bad Homburg	Schloßoberinspektor	Lebenszeit	b) 6. 12. 1954
13	Lotz, Heinrich, Schloßverwalter	Verwaltg. der Staatl. Schlösser und Gärten Bad Homburg	Schloßinspektor	Lebenszeit	b) 6. 12. 1954
14	Heid, Wilhelm, Techn. Assistent	Techn. Hochschule Darmstadt	Werkmeister	Lebenszeit	b) 31. 12. 1954
15	Ritter, Ilse, Bibliotheksinspektorin	Westd. Bibliothek Marburg	Bibliotheksoberinspektorin	Kündigung	b) 15. 1. 1955
16	Wenzelberg, Hans, Verwaltungssekretär	Landestheater Darmstadt	Theaterobersekretär	Lebenszeit	b) 24. 1. 1955
17	Hübenthal, Gustav, Bibliotheksassistent	Westd. Bibliothek Marburg	Bibliothekssekretär	Lebenszeit	b) 25. 1. 1955
18	Reinhard, Karl, Verwaltungssekretär	Just.-Liebig-Hochschule Gießen	Verwaltungsobersekretär	Lebenszeit	b) 29. 1. 1955
19	Dr. von Reckow, Joachim, a.o. Professor	Joh.-Wolfg.-Goethe-Univ. Ffm	ordentl. Professor	Lebenszeit	a) 14. 3. 1955
20	Richter, Josef, Verwaltungsobersekretär	Pädagog. Institut Weilburg	Verwaltungsinspektor	Lebenszeit	b) 28. 3. 1955
21	Milbradt, Hilmar, Bibliotheksinspektor	Philipps-Universität Marburg	Bibliotheksoberinspektor	Lebenszeit	b) 10. 6. 1955

Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Amtsbezeichnung	Dienststelle	mit Urkunde d. H. Min. für Erziehung u. Volksbildung vom:
1	Hörold, Friedrich	Obergartenmeister	Verwaltg. der Staatl. Schlösser und Gärten Bad Homburg	21. 12. 1954
2	Dr. Bergsträßer, Gisela	Kustodin	Landesmuseum Darmstadt	21. 1. 1955
3	Dr. Heydorn, Heinz-Joach.	Dozent	Pädagog. Institut Jugenheim	24. 2. 1955
4	Buchhammer, Wilhelm	Laborant	Philipps-Universität Marburg	5. 3. 1955
5	Dr. Albrecht, Bruno	Wissenschaftliches Mitglied und Professor	Paul-Ehrlich-Instit. Frankf./M.	25. 3. 1955
6	Dr. Ruppert, Herbert	Dozent	Pädagog. Institut Weilburg	28. 3. 1955
7	Göttig, Wilhelm	Magazinverwalter	Staatsarchiv Marburg	28. 4. 1955
8	Schneider, Johann Daniel	Verwaltungsinspektor	Verwaltg. der Staatl. Schlösser und Gärten	7. 5. 1955
9	Dr. Seidel, Franz	Garteninspektor	Philipps-Universität Marburg	10. 6. 1955

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Amtsbezeichnung	Dienststelle	Versetzung an:	mit Wirkung vom
1	Gebhardt, Walter	Bibliotheksrat	Hess. Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt	Westd. Bibliothek Marburg	1. 9. 1954
2	Dr. Brosius, Otto	Professor	Pädagog. Institut Jugenheim	Pädagog. Institut Weilburg	6. 11. 1954

Wiesbaden, 5. 7. 1955.

Der Hess. Min. für Erziehung und Volksbildung
II/2 — 050/35

822

Satzung der Hessischen Landeszentrale für Heimatdienst

I.

Die Hessische Landeszentrale für Heimatdienst ist eine nichtrechtsfähige Anstalt des Landes Hessen. Sie ist dem Minister für Erziehung und Volksbildung unterstellt.

II.

Die Landeszentrale leitet die politische Bildungsarbeit im Lande auf überparteilicher Grundlage. Sie soll insbesondere das demokratische Gedankengut durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen und durch Unterstützung öffentlicher Einrichtungen und freier Vereinigungen, die sich der staatsbürgerlichen Fortbildung widmen, verbreiten.

III.

Die Landeszentrale wird von einem Direktor geleitet, der Bediensteter des Landes Hessen ist. Er bewirtschaftet die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel für Allgemeine Ausgaben, soweit nicht die Landesregierung oder der Minister für Erziehung und Volksbildung etwas anderes bestimmt.

IV.

Der Direktor bildet Arbeitsausschüsse für einzelne Arbeitsvorhaben oder Arbeitsgebiete, in denen Beauftragte der einzelnen Geschäftsbereiche der Landesregierung und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, des Landesjugendringes, des Ringes Politischer Jugend, des Landesverbandes für Erwachsenenbildung und der Organisation der Lehrerschaft und anderer Vereinigungen auf Landesebene mitarbeiten sollen.

V.

Der Direktor gibt jeweils zum 1. 4. und 1. 10. eines Jahres der Landesregierung einen Tätigkeitsbericht.

VI.

Bei der Landeszentrale wird ein Kuratorium gebildet, das aus neun (9) Abgeordneten des Hessischen Landtags besteht, die auf Vorschlag des Präsidenten des Landtags vom Minister für Erziehung und Volksbildung für die Dauer der Wahlperiode berufen werden.

VII.

Das Kuratorium soll die überparteiliche Haltung der Landeszentrale gewährleisten und durch Anregungen und Vorschläge zu ihrer politischen Wirksamkeit beitragen. Der Direktor unterbreitet dem Kuratorium neue Arbeitsvorhaben vorher und unterrichtet das Kuratorium über ihre Durchführung. Er legt Tätigkeitsbericht, Haushaltsvoranschlag und Haushaltsrechnung dem Kuratorium vor.

VIII.

Der Direktor der Landeszentrale und ein Beauftragter des Ministers für Erziehung und Volksbildung nehmen an den Sitzungen des Kuratoriums teil.

Die Mitglieder des Kuratoriums erhalten eine Entschädigung nach § 2 des Abgeordneten-Entschädigungsgesetzes vom 8. 8. 1951 (GVBl. S. 51).

Für die Geschäftsführung des Kuratoriums steht die Geschäftsstelle der Landeszentrale zur Verfügung.

Wiesbaden, 21. 6. 1955

Der Hessische Ministerpräsident
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

823

Stundung und Niederschlagung von Forderungen des Landes und Einstellung des Einziehungsverfahrens

Der im Staatsanzeiger 1955 Seite 727 veröffentlichte Erlaß ist an folgende Stellen gerichtet:

An

a) die Hessische Landesstelle für Ernährungswirtschaft Frankfurt am Main

b) das Landeskulturamt Wiesbaden

c) die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Grünlandwirtschaft und Futterbau Eichhof (Bad Hersfeld)

d) die Hessische Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau Geisenheim/Rhein

e) die Hessischen Landgestüte Darmstadt und Dillenburg

} nur mit den Ermächtigungen zu Ziff. 2 und 3

Wiesbaden, 18. 7. 1955

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
I c — H 1001

824

Erste Durchführungsanordnung zum Hessischen Forstgesetz betr. Forstausschüsse

Auf Grund der §§ 70 und 57 Abs. 6 des Hessischen Forstgesetzes vom 10. November 1954 (GVBl. S. 211) wird im Einvernehmen mit dem Landesforstausschuß bestimmt:

I.

Allgemeines.

(1) Die Mitglieder der Forstausschüsse werden für die Dauer von vier Jahren berufen. Sie bleiben bis zur Berufung ihrer Nachfolger im Amt. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu berufen; er vertritt das Mitglied im Verhinderungsfall. Ist ein Mitglied verhindert, so hat es seinen Stellvertreter zu benachrichtigen.

(2) Mitglieder und Stellvertreter können nur unter folgenden Voraussetzungen berufen werden:

a) Der Berufene muß seinen Hauptwohnsitz oder Waldbesitz in dem Gebiet haben, für das der Forstausschuß zuständig ist.

b) Der Berufene muß das passive Wahlrecht als Gemeindevertreter besitzen.

Mitglieder und Stellvertreter werden abberufen, wenn im Benehmen mit den in § 57 Abs. 3 genannten Verbänden festgestellt ist, daß die Voraussetzungen der Berufung entfallen.

(3) Die Verbände haben ihre Vertreter binnen vier Wochen nach Aufforderung durch die Vorsitzenden der Forstausschüsse namhaft zu machen.

(4) Der Vorsitzende des Ausschusses ist zugleich Vertreter des Staatswaldes.

II.

Regierungsforstausschüsse.

Jede Waldbesitzart entsendet für je angefangene 30 000 ha Holzbodenfläche einen Vertreter. Etwa ein Drittel aller Vertreter sollen Arbeitnehmer sein.

III.

Forstamtsausschüsse.

(1) Jede Waldbesitzart entsendet für je angefangene 2000 ha einen Vertreter.

(2) Bei Forstämtern, in deren Bezirk nur Staatswald liegt, wird ein Forstausschuß nicht gebildet.

(3) Beträgt der Anteil des Körperschafts- oder Privatwaldes an der Gesamtfläche des Forstamts weniger als 100 ha, so entsendet diese Besitzart keinen Vertreter. Diejenige Besitzart, die mit der größten Waldfläche vertreten ist, stellt in der Regel den (die) Arbeitnehmer im Ausschuß.

IV.

Beschlußfassung und Abstimmung

(1) Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn bei der Beschlußfassung mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Die Zahl der anwesenden Mitglieder ist für die Beschlußfähigkeit ohne Bedeutung, wenn der Ausschuß wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen ist. Bei der zweiten Einberufung ist hierauf ausdrücklich hinzuweisen.

(2) Die Ausschußmitglieder führen je eine Stimme. Die Vorsitzenden haben Stimmrecht.

(3) Die Beschlüsse der Forstausschüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

V.

Geschäftsordnung.

Der Landesforstausschuß und die Regierungsforstausschüsse geben sich Geschäftsordnungen. Die Forstamtsausschüsse können sich Geschäftsordnungen geben.

VI.

Feststellung der Waldflächen.

(1) Für die Flächengrößen sind die Waldverzeichnisse nach dem Stand vom 1. 4. des Jahres, in dem der Forstausschuß berufen wird, maßgebend. Bis zur Aufstellung der Waldverzeichnisse dienen die Flächennachweisungen bei den oberen Forstbehörden als Grundlage.

(2) Bei der Feststellung der Fläche für den Forstamtsausschuß werden die Körperschafts- und Privatwaldflächen mit eigenen Forstverwaltungsbeamten oder -angestellten nicht mit berücksichtigt.

VII.

Kosten.

(1) Die Mitglieder der Forstausschüsse erhalten Reisekostenvergütung nach der Reisekostenstufe II.

(2) Die Vertreter des Staatswaldes reichen ihre Reisekostenrechnung bei ihrer Dienstbehörde, die übrigen Vertreter bei dem Vorsitzenden des Forstausschusses ein.

(3) Waldarbeiter erhalten außer Reisekostenvergütung nach Abs. 2 den entstandenen Verdienstausfall ersetzt. Er ist zusammen mit der Reisekostenvergütung anzufordern.

Wiesbaden, 6. 6. 1955.

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
MB 1 — Tgb.Nr. L 185/55

Regierungspräsidenten

825 **KASSEL**

Verlust von Ausweisen nach dem Bundesvertriebenengesetz

Die Ausweise (Erstausfertigungen) der nachstehend aufgeführten Personen sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt:

	Ausweis	
a) Banse, Elisabeth	A 6237/06345,	Burghaun
b) Beier, Wilhelm	A 6237/04878,	Neukirchen
c) Dr. Happel, Hildegard	B 6213/4326,	Marburg (L)
d) Dr. Janert, Klaus-Ludwig	C 6213/4416,	Marburg (L)
e) Krappel, Marie	A 6245/2652,	Treysa
f) Kohlrausch, Wolfgang	B 6213/1855,	Marburg (L)
g) Papouschek, Valeria	A 6233/5356,	Gudensberg
h) Rothe, Willi	A 6239/13625,	Wohra
i) Schönwälder, Emilie	A 6245/6195,	Obergrenzebach
j) Weidensteiner, Hans	A 6245/2101,	Hauptschwenda

Kassel, 18. 7. 1955

Der Regierungspräsident
— I/5 — 58e 02/01 —

826

Viehseuchenanordnung zum Schutze gegen die Myxomatose der Kaninchen

Zum Schutze gegen die Myxomatose der Kaninchen wird hiermit auf Grund des § 28 des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Hess. Ministers des Innern folgendes angeordnet:

Meine Viehseuchenanordnung vom 18. 9. 1954 zum Schutze gegen die Myxomatose der Kaninchen (StAnz. S. 1070) wird mit sofortiger Wirkung wieder aufgehoben.

Kassel, 14. 6. 1955

Der Regierungspräsident
I/10 Az. 19 b 28/25 A

827 **WIESBADEN**

Aufnahme des Geschäftsbetriebes des Viehversicherungsvereins a. G. in Kinzenbach, Krs. Wetzlar

Auf Grund der §§ 5 und 15 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 5. März 1937 erteile ich dem

Viehversicherungsverein a. G. in Kinzenbach, Kreis Wetzlar,

unter Anerkennung als kleinerer Versicherungsverein die Erlaubnis zur Aufnahme des Geschäftsbetriebes.

Gleichzeitig genehmige ich die von der Mitgliederversammlung am 5. Januar 1955 beschlossene Satzung nebst Versicherungsbedingungen.

Wiesbaden, 6. 7. 1955

Der Regierungspräsident
I 11 Az. 39 c Tgb.Nr. 864/55

828

Bestellung von Bienenseuchensachverständigen

Ich habe heute

Herrn Albert Schilling, Lützelhausen, Krs. Gelnhausen,

als Schätzer und Sachverständigen für Bienenseuchen im Gebiet des Kreises Gelnhausen bestellt. Die Vereidigung wurde bei dem Herrn Landrat des Kreises Gelnhausen vorgenommen.

Wiesbaden, 7. 7. 1955

Der Regierungspräsident
I 8 Az. 19 b 30/03

829

Auflösung des Viehversicherungsvereins a. G. Kölschhausen in Kölschhausen, Kreis Wetzlar

Auf Grund des § 43 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 5. März 1937 erteile ich hiermit zu der in der Generalversammlung vom 18. 6. 1955 beschlossenen Auflösung des

Viehversicherungsvereins a. G. Kölschhausen in Kölschhausen, Kreis Wetzlar,

die aufsichtsbehördliche Genehmigung.

Wiesbaden, 30. 6. 1955

Der Regierungspräsident
I 11 Az. 39c Tgb.Nr. 845/55

830

Verlust von Vertriebenenausweisen

Der Vertriebenenausweis A Nr. 1148/483 der Gertrud Westergaard, geb. am 16. 8. 1922, wohnhaft in Stierstadt/Ts., Steinbacherstr. 21, ausgestellt vom Landratsamt in Niebüll, Krs. Südtondern, ist verlorengegangen.

Die Erstausfertigung wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 6. 7. 1955

Der Regierungspräsident
— Flüchtlingsdienst —
I4 — 58f — 02/03 Fl. K 1091

*

Der Vertriebenenausweis A Nr. 6336/1661 des Josef Bradatsch, geb. am 16. 4. 1921, wohnhaft in Hattersheim, Im Wiesfeld 15, ausgestellt vom Kreisausschuß — Flüchtlingsdienst — in Ffm.-Höchst, ist verlorengegangen.

Die Erstausfertigung wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 8. 7. 1955

Der Regierungspräsident
— Flüchtlingsdienst —
I4 — 58f — 02/03 Fl. K 1055

831 **KASSEL**

Personelle Veränderungen im Schuldienst

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Dienstort, Kreis	Beförderung zum / zur bzw. Einweisung nach Besoldungsgruppe	a) unt. Berufung i. d. Beamtenverhältnis auf b) i. d. Beamtenverhältnis auf c) im Beamtenverhältnis auf	Mit Urkunde vom a) d. H. Min. f. Erz. und Volksbildg. b) d. Reg.Präs. in Kassel
1	Besser, Wilhelm	Treysa, Ziegenhain	Konrektor	c) Lebenszeit	b) 24. 5. 55
2	Krohne, Julius	Marbach, Marburg a. d. Lahn	Hauptlehrer	c) Lebenszeit	b) 23. 5. 55
3	Roeder, Peter	Marburg a. d. Lahn	Einweisung in Planstelle d. Bes. Gr. A 3 d	c) Kündigung	b) 27. 5. 55
4	Rübsam, Willy	Poppenhausen, Fulda	Hauptlehrer	c) Lebenszeit	b) 24. 5. 55
5	Angerhöfer, Horst	Herleshausen, Eschwege	A 3 d	c) Kündigung	b) 27. 5. 55

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Dienstort, Kreis	Amtsbezeichnung	Berufung in das Beamtenverhältnis auf	Mit Urkunde des Regierungspräsidenten in Kassel vom
1	Fadle, Elisabeth	Nentershausen, Rotenburg	Lehrerin	Lebenszeit	27. 5. 55
2	Jaeger, Reinhard	Dissen, Fritzlar-Homberg	Lehrer	Lebenszeit	27. 5. 55
3	Jung, Lisa	Ihringshausen, Landkrs. Kassel	Lehrerin	Lebenszeit	10. 5. 55
4	Wirl, Franz	Wollrode, Melsungen	Lehrer	Lebenszeit	10. 5. 55
5	Mollenhauer, Günther	Kassel	Lehrer	Lebenszeit	10. 5. 55
6	Siebert, Georg	Melsungen, Melsungen	Hilfsschullehrer	Lebenszeit	23. 5. 55
7	Hechl, Hans	Spangenberg, Melsungen	Lehrer	Lebenszeit	25. 5. 55
8	Sturm, Lieselotte	Kassel	Lehrerin	Lebenszeit	20. 5. 55
9	Kreilein, Ingeborg	Kassel	Lehrerin	Lebenszeit	20. 5. 55
10	Bellinger, Franz-Josef	Volkmarsen, Wolfhagen	Lehrer	Lebenszeit	20. 5. 55
11	Tonhäuser, Rudolf	Bergshausen, Landkrs. Kassel	Lehrer	Lebenszeit	20. 5. 55
12	Bleil, Karl	Kassel	Lehrer	Lebenszeit	20. 5. 55
13	Eder, Käthe	Moischt, Marburg a. d. Lahn	techn. Lehrerin	Lebenszeit	6. 5. 55
14	Schulze, Elise	Frankenberg/Eder	Lehrerin	Lebenszeit	10. 5. 55
15	Henkel, Wilhelm	Wehrda, Marburg a. d. Lahn	Lehrer	Lebenszeit	5. 5. 55
16	Riehl, Anton	Kirchhain, Marburg a. d. Lahn	Lehrer	Lebenszeit	25. 5. 55
17	Gäbe, Ilse	Röddenau, Frankenberg/Eder	Lehrerin	Lebenszeit	1. 6. 55
18	Schweiger, Siegfried	Lüderbach, Eschwege	Lehrer	Lebenszeit	10. 5. 55
19	Watzlow, Elisabeth	Hettenhausen, Fulda	techn. Lehrerin	Lebenszeit	12. 5. 55
20	Schön, Josef	Rasdorf, Hünfeld	Lehrer	Lebenszeit	12. 5. 55
21	Kittel, Hildegard	Silges, Hünfeld	Lehrerin	Lebenszeit	23. 5. 55
22	Gröpler, Joachim	Kemmrode, Hersfeld	Lehrer	Lebenszeit	23. 5. 55
23	Bauer, Katharina	Sorga, Hersfeld	Lehrerin	Lebenszeit	23. 5. 55
24	Laibach, Adolf	Reichensachsen, Eschwege	Lehrer	Lebenszeit	24. 5. 55
25	Kelmer, Wilhelm	Eichenzell, Fulda	Lehrer	Lebenszeit	28. 5. 55
26	Büchler, August Wilhelm	Rambach, Eschwege	Lehrer	Lebenszeit	1. 6. 55
27	Böhm, Gertrud	St. B. u. BFS. Fulda	Gew. Oberlehrerin	Lebenszeit	
28	Dette, Karl	St. Gew. BS. Kassel	Gewerbeoberlehrer	Lebenszeit	4. 5. 55
29	Klemke, Felix	Staatsbauschule -Ing. Sch. f. d. Bauwesen in Kassel	Baurat i. t. Schul-D.	Lebenszeit	4. 5. 55
30	Peter, Wilhelm	St. Gew. BS. Kassel	Gewerbeoberlehrer	Lebenszeit	4. 5. 55
31	Eimer, Robert	Kr. BS. Waldeck, Korbach	Gewerbeoberlehrer	Lebenszeit	14. 4. 55

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Amtsbezeichnung	Dienstort, Kreis	Versetzung in den Ruhestand mit Wirkung vom
1	Stock, Erich	Lehrer	Kassel	1. 6. 55
2	Wolfram, Maria	Lehrerin	Herleshausen, Eschwege	1. 6. 55
3	Klautzsch, Otto	Lehrer	Eschwege	1. 6. 55
4	Weider, Paul	Hauptlehrer	Grebendorf, Eschwege	1. 6. 55

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Amtsbezeichnung	Dienstort, Kreis	Entlassungen mit Wirkung vom
1	Schramm, Waltraud	techn. Lehrerin	Niederweimar, Marburg/Lahn	1. 6. 55
2	Apel, Lina	Lehramtsanwärterin	Korbach, Waldeck	1. 6. 55
3	Ostert, Peter	Landw. Oberlehrer	Kr. BS Marburg/L. in Kirchhain	31. 3. 55
4	Trost, Claus	Lehramtsanwärter	St.B. u. BFS Fulda	31. 3. 55

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Amtsbezeichnung	Dienstort, Kreis	Verstorben am
1	Felbinger, Rudolf	Lehrer	Malsfeld, Melsungen	3. 5. 55
2	Jacob, Hans	Handelsoberlehrer	St.B. u. BFS. Fulda	29. 1. 55

Kassel, 18. 6. 1955

Der Regierungspräsident
— II/6 Az.: 8 d 02 —

832 WIESBADEN

Personelle Veränderungen im Schuldienst (Volks- und Mittelschulen)

Lfd. Nr.	Dienststellung	Zuname, Vorname	Dienstort, Kreis	Ernennung	unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf	mit Urkunde vom des a) H. Min.-Präs. b) H. Min. f. Erz. u. Volksb. c) Reg.-Präs. Wiesbaden
1	Lehramtsbewerber	Lerch, Josef	Frankfurt a. M.	Lehramtsanwärter	Widerruf	c) 6. 12. 54
2	Lehramtsbewerber	Ackermann, Karl	Frankfurt a. M.	Lehramtsanwärter	Widerruf	c) 28. 10. 54
3	Lehramtsbewerber	Müller, Gerhard	Wiesbaden	Lehramtsanwärter	Widerruf	c) 18. 5. 55
4	Lehrkraft im Ang.-Verh.	Gandela, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Lehramtsanwärter	Widerruf	c) 22. 4. 55
5	Lehramtsbewerberin	Röhrig, Wilhelmine	Frankfurt a. M.	Lehramtsanwärterin	Widerruf	c) 2. 12. 54
6	Lehramtsbewerberin	Klare, Gudrun	Frankfurt a. M.	Lehramtsanwärterin	Widerruf	c) 4. 12. 54
7	Lehramtsbewerberin	Fernges, Hildegard	Flörsheim a. M.	Lehramtsanwärterin	Widerruf	c) 9. 5. 55
8	Lehrkraft im Ang.-Verh.	Schulz, Maria	Wiesbaden	Lehramtsanwärterin	Widerruf	c) 29. 4. 55
9	Lehrkraft im Ang.-Verh.	Schlobach, Ingeborg	Bischofsheim, Hanau	Lehramtsanwärterin	Widerruf	c) 12. 5. 55
10	Lehramtsanw.	Kurz, Alois	Limburg	Lehrer	Kündigung	c) 21. 4. 55
11	Lehramtsanw.	Bleise, Ernst	Dauborn, Limburg	Lehrer	Kündigung	c) 21. 4. 55
12	Lehramtsanw.	Blättel, Karl-Heinz	Hadamar, Limburg	Lehrer	Kündigung	c) 25. 4. 55
13	Lehramtsanw.	Heubach, Wolfgang	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 22. 4. 55
14	Lehramtsanw.	Bork, Otto	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 21. 4. 55
15	Lehramtsanw.	Blaschka, Franz	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 19. 4. 55
16	Lehramtsanw.	Willig, Friedrich	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 19. 4. 55
17	Lehramtsanw.	Kißling, Hieronymus	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 19. 4. 55
18	Lehramtsanw.	Kiele, Martin	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 19. 4. 55
19	Lehramtsanw.	Zipp, Paul	Bad Schwalbach, U.-T.	Lehrer	Kündigung	c) 29. 4. 55
20	Lehramtsanw.	Diel, Josef	Hofheim, Main-T.	Lehrer	Lebenszeit	c) 25. 4. 55
21	Lehramtsanw.	Berg, Paul	Wiesbaden	Lehrer	Kündigung	c) 25. 4. 55
22	Lehramtsanw.	Stahl, Paul	Ewersbach/Dillkreis	Lehrer	Kündigung	c) 28. 4. 55
23	Lehramtsanw.	Spohr, Edmund	Völzberg, Gelnhausen	Lehrer	Lebenszeit	c) 28. 4. 55
24	Lehramtsanw.	Appel, Henning	Rittershausen, Dill	Lehrer	Kündigung	c) 2. 5. 55
25	Lehramtsanw.	Hagel, Jakob	Oberweyer, Limburg	Lehrer	Kündigung	c) 25. 4. 55
26	Lehramtsanw.	Küßner, Udo	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 25. 4. 55
27	Lehramtsanw.	Habe, Herbert	Eschborn, Main-T.	Lehrer	Kündigung	c) 9. 5. 55
28	Lehramtsanw.	Mauer, Karl	Bärstadt, Untertaunus	Lehrer	Lebenszeit	c) 13. 5. 55
29	Lehramtsanw.	Rossmanit, Alfred	Eddersheim Main-Taunus	Lehrer	Kündigung	c) 9. 5. 55
30	Lehramtsanw.	Schlamp, Hans	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 2. 5. 55
31	Lehramtsanw.	Mack, Kurtwerner	Herborn, Dillkreis	Lehrer	—	c) 18. 5. 55
32	Lehramtsanw.	Turowski, Georg	Lorsbach, Main-Taunus	Lehrer	Lebenszeit	c) 1. 6. 55
33	Lehramtsanw.	Haupt, Hans-Heinz	Bad Soden, Main-Taunus	Lehrer	Kündigung	c) 24. 5. 55
34	Lehramtsanw.	Wetzel, Klaus	Hanau	Lehrer	Kündigung	c) 24. 5. 55
35	Lehramtsanw.	Schildger, Ernst	Frankfurt a. M.	Lehrer	Kündigung	c) 16. 5. 55
36	Lehramtsanw.	Schäfer, Kurt	Frankfurt a. M.	Lehrer	—	c) 20. 5. 55
37	Lehramtsanw.	Weber, August	Wiesbaden	Lehrer	Kündigung	c) 24. 5. 55
38	Lehrkraft im Ang.-Verh.	Deutsch, Georg	Oberursel, Obertaunus	Lehrer	Kündigung	c) 2. 4. 55
39	Lehrkraft im Ang.-Verh.	Neese, Friedrich	Wiesbaden	Lehrer	Lebenszeit	c) 29. 4. 55
40	Lehrkraft im Ang.-Verh.	Breitfelder, Franz	Eltville, Rheingau	Lehrer	Lebenszeit	c) 9. 5. 55
41	Lehramtsanwärterin	Ebel, Hildegard	Frankfurt a. M.	Lehrerin	—	c) 22. 4. 55
42	Lehramtsanwärterin	Rauschelbach, Elisabeth	Frankfurt a. M.	Lehrerin	—	c) 3. 5. 55
43	Lehramtsanwärterin	Ries, Gerhild	Kelkheim-Hornau, M.-T.	Lehrerin	Kündigung	c) 9. 5. 55
44	Lehramtsanwärterin	Mittler, Charlotte	Wiesbaden	Lehrerin	—	c) 1. 6. 55
45	Lehramtsanwärterin	Schröter, Alice	Limburg	Lehrerin	Kündigung	c) 21. 4. 55
46	Lehramtsanwärterin	Kellert, Brigitte	Frankfurt a. M.	Lehrerin	Kündigung	c) 16. 5. 55
47	techn. Lehramtsanwärterin	Müller, Hilde	Naurod, Main-Taunus	Lehrerin	Kündigung	c) 24. 5. 55
48	Lehrkraft im Ang.-Verh.	Willich, Liselotte	Wiesbaden	Lehrerin	Widerruf	c) 17. 5. 55
49	Lehrkraft im Ang.-Verh.	Wagner, Lieselotte	Wiesbaden	Lehrerin	Widerruf	c) 24. 5. 55

Lfd. Nr.	Dienststellung	Zuname, Vorname	Dienstort, Kreis	Beförderung	unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf	mit Urkunde vom des a) H. Min.-Präs. b) H. Min. f. Erz. u. Volksb. c) Reg.-Präs. Wiesbaden
1	Lehrer	Nieten, Franz	Rüdesheim, Rheingau	Hauptlehrer	—	c) 11. 5. 55
2	Lehrer	Haag, Erich	Wiesbaden	Konrektor	—	c) 29. 4. 55
3	Lehrer	Vollmer, Max	Wiesbaden	Konrektor	—	c) 6. 5. 55
4	Lehrer	Schier, Anton	Hofheim, Main-Taunus	Konrektor	—	c) 11. 5. 55
5	Lehrer	Fuß, Albert	Frankfurt a. M.	Konrektor	—	c) 27. 5. 55
6	Lehrer	Montag, Philipp	Frankfurt a. M.	Konrektor	—	c) 27. 5. 55
7	Lehrer	Siebert, Eberhard	Frankfurt a. M.	Rektor	—	c) 14. 5. 55
	Schulrat	Halberstadt, Ernst	bisher Schulrat des Obertaunuskreises	mit Wirkung vom 1. 5. 1955 als Regierungs- und Schulrat an die Regierung in Darmstadt versetzt	—	

Lfd. Nr.	Dienststellung	Zuname, Vorname	Dienstort, Kreis		unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf	mit Urkunde vom des a) H. Min.-Präs. b) H. Min. f. Erz. u. Volksb. c) Reg.-Präs. Wiesbaden
1	techn. Lehrerin	Boll-Wohanka, Margit	Wiesbaden		Lebenszeit	c) 21. 4. 55
2	techn. Lehrerin	Bartsch, Magda	Niederbrechen		Lebenszeit	c) 18. 4. 55
3	Lehrerin	Weimer, Ursula	Freienfels, Oberlahn		Lebenszeit	c) 18. 5. 55
4	Lehrerin	Creischer, Hildegard	Frankfurt a. M.		Lebenszeit	c) 9. 5. 55
5	Lehrer	Teetzmann, Hans	Ennerich, Oberlahn		Lebenszeit	c) 18. 5. 55
6	Lehrer	Leichthammer, Reinhold	Altenkirchen, Oberlahn		Lebenszeit	c) 18. 5. 55
7	Lehrer	Scheerer, Ernst	Ahausen, Oberlahn		Lebenszeit	c) 18. 5. 55
8	Hilfsschullehrer	Wagner, Wolfram	Weilburg, Oberlahn		Lebenszeit	c) 18. 5. 55
9	Lehrer	Schermuly, Ernst	Odersbach, Oberlahn		Lebenszeit	c) 18. 5. 55
10	Lehrer	Strieder, Josef	Elz, Limburg		Lebenszeit	c) 9. 5. 55
11	Lehrer	Frohnert, Siegfried	Rohnstadt, Oberlahn		Lebenszeit	c) 26. 5. 55
12	Lehrer	Frera, Hermann-Ferdinand	Frankfurt a. M.		Lebenszeit	c) 13. 5. 55
13	Lehrer	Funck, Werner	Altenkirchen, Oberlahn		Lebenszeit	c) 26. 5. 55
14	Lehrer	Hering, Georg	Frankfurt a. M.		Lebenszeit	c) 24. 5. 55
15	Lehrer	Dietze, Artur	Frankfurt a. M.		Lebenszeit	c) 24. 5. 55
16	Lehrerin	Guder, Hildegard	Bärstadt, Untertaunus		Lebenszeit	c) 26. 5. 55
17	Lehrer	Hühne, August	Frankfurt a. M.		Lebenszeit	c) 31. 5. 55
18	Lehrer	Köhler, Rudi	Hanau		Lebenszeit	c) 26. 5. 55
19	techn. Lehrerin	Wolff, Annemarie	Hailer, Gelnhausen		Kündigung	c) 16. 5. 55

Lfd. Nr.	Dienststellung	Zuname, Vorname	Dienstort, Kreis	Versetzung in den Ruhestand		mit Urkunde vom des a) H. Min.-Präs. b) H. Min. f. Erz. u. Volksb. c) Reg.-Präs. Wiesbaden
1	Lehrerin	Bauer, Rosine	Bermbach, Untertaunus	1. 6. 1955		c) 19. 4. 55
2	Hauptlehrer	Klein, Otto	Wehrheim, Usingen	1. 6. 1955		c) 28. 4. 55
3	Lehrerin	Herber, Dorothea	Frankfurt a. M.	1. 7. 1955		c) 2. 5. 55
4	Hauptlehrer	Zapfe, Karl-Heinz	Hausen, Limburg	1. 6. 1955		c) 28. 4. 55
5	Hauptlehrer	Pitz, Konrad	Niederdorfelden, Hanau	1. 7. 1955		c) 26. 5. 55
6	Lehrer	Lerch, Josef	Frankfurt a. M.	1. 7. 1955		c) 24. 5. 55
7	Hauptlehrer	Best, Ludwig	Holzhausen ü. A.	1. 7. 1955		c) 31. 5. 55
	techn. Lehrerin	Ettl, Marie	Bad Homburg, Obertaunus	gestorben 12. 4. 1955		
	techn. Lehrerin	Felkel, Herta	Wiesbaden	24. 4. 1955		
	Lehrer	Vogt, Josef	Hangenmeilingen, Limb.	21. 3. 1955		
	Lehrer	Bandel, Friedrich	Ulm, Krs. Wetzlar	27. 5. 1955		
	Lehrer	Müller, Friedrich	Dutenhofen, Wetzlar	6. 6. 1955		

Lfd. Nr.	Dienststellung	Zuname, Vorname	Dienstort, Kreis	Entlassung	am	mit Urkunde vom des a) H. Min.-Präs. b) H. Min. f. Erz. u. Volksb. c) Reg.-Präs. Wiesbaden
1	Lehramtsanwärterin	Meiser, Ingeborg	Günterod, Biedenkopf	auf eigenen Antrag	30. 4. 55	c) 27. 4. 55
2	Lehramtsanwärterin	Colnot, Jutta	Oestrich, Rheingau	auf eigenen Antrag	30. 4. 55	c) 12. 4. 55
3	Lehramtsanwärterin	Gärtner, Marianne	Hanau	auf eigenen Antrag	31. 5. 55	c) 30. 4. 55
4	Lehramtsanwärter	Raacke, Karl-Heinz	Frankfurt a. M.	auf eigenen Antrag	31. 5. 55	c) 3. 5. 55
5	Lehramtsanwärterin	Traudes, Anita	Wiesbaden	auf eigenen Antrag	31. 3. 55	c) 24. 5. 55

Wiesbaden, den 13. Juni 1955

Der Regierungspräsident — II 2 / 1 r —

Verschiedenes

833

Ausweis der Landeszentralbank von Hessen vom 15. Juli 1955

		(in Tsd. DM)	Veränderungen gegenüber Vorwoche +/—
Aktiva			
Guthaben bei der Bank deutscher Länder		4 097	— 24 286
Postscheckguthaben		9	— 3
Inlandswechsel		151 104	— 21 054
Wertpapiere			
a) am offenen Markt gekaufte	—		
b) sonstige	465	465	—
Ausgleichsforderungen			
a) aus der eigenen Umstellung	197 904		
b) angekaufte	2 821	200 725	— 17 000
Lombardforderungen gegen			
a) Wechsel	206		
b) Ausgleichsforderungen	15 989		
c) sonstige Sicherheiten	244	16 439	— 213
Beteiligung an der Bank deutscher Länder		8 500	—
Schwebende Verrechnungen im Zentralbanksystem		9 194	— 7 856
Sonstige Vermögenswerte		23 616	+ 2 205
		414 149	— 69 107

		(in Tsd. DM)	Veränderungen gegenüber Vorwoche +/—
Passiva			
Grundkapital		30 000	—
Rücklagen und Rückstellungen		36 023	—
Einlagen			
a) von Kreditinstituten innerhalb des Landes (einschließlich Postscheckamt)	304 920		— 62 370
b) von Kreditinstituten in anderen deutschen Ländern	337		— 279
c) von öffentlichen Verwaltungen	9 462		— 6 758
d) von Alliierten Dienststellen	1		—
e) von sonstigen inländischen Einlegern	14 127		— 1 002
f) von ausländischen Einlegern	8 180		+ 1 164
		337 027	— 69 245
Sonstige Verbindlichkeiten		11 099	+ 138
Verbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln: 49 767 (— 177)			
		414 149	— 69 107

Frankfurt (Main), 16. 7. 1955

Landeszentralbank von Hessen

Buchbesprechungen

Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht. Herausgegeben von Dr. Alexander Bergmann, Oberlandesgerichtspräsident a. D. 3. Auflage. Erster Band (Nachtrag) und Zweiter Band. Preis des Gesamtwerkes DM 84,40. Verlag für Standesamtswesen, Frankfurt/M.

Erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit (vgl. StAnz. 1955, S. 43) konnte darauf hingewiesen werden, daß der erste Band dieses ausgezeichneten Werkes, der das Recht der europäischen Staaten umfaßt, weitgehend abgeschlossen ist. Allein diese Arbeit stellt eine außergewöhnliche Leistung dar, die erst dann richtig gewürdigt werden kann, wenn man bedenkt, daß sie seit nunmehr drei Jahrzehnten von Bergmann allein, das heißt ohne die heute weitgehend übliche Aufteilung auf einen größeren Mitarbeiterstab, bewältigt wird. Bei der erstaunlichen Rüstigkeit und Frische des im 77. Lebensjahr stehenden Verfassers kann man mit gutem Recht hoffen, daß er dieses mit seinem Namen verbundene Werk noch lange weiterführen wird.

Die vorliegende 6. Lieferung bringt eine Reihe von Ergänzungen zu den bereits veröffentlichten Darstellungen des Rechts verschiedener europäischer Staaten, die durch eine Änderung der Gesetzgebung erforderlich geworden sind. Hierbei darf allerdings der Wunsch geäußert werden, künftig allgemein einen kurzen Hinweis auf den früheren Gesetzesstand aufzunehmen, da erfahrungsgemäß immer wieder die Notwendigkeit auftritt, Einzelfälle an Hand älterer gesetzlicher Regelungen zu entscheiden. Die geringfügige Vermehrung des Umfanges würde gern in Kauf genommen werden.

Eine besondere Bedeutung kommt dieser letzten Lieferung dadurch zu, daß hiermit der Band „Außereuropäische Staaten" in Angriff genommen worden ist. Hier waren in den vergangenen Jahren die Schwierigkeiten, zuverlässiges Material zu erhalten, besonders groß. Die Lieferung enthält zunächst das Recht von vier lateinamerikanischen Staaten (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Venezuela). Den weiteren Ergänzungen darf mit Interesse entgegengesehen werden.

Oberregierungsrat Dr. Hoffmann

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN"

1955 | Wiesbaden, den 30. Juli 1955 | Nr. 31

Stellenausschreibungen

2169

Bei der Kreisverwaltung Hünfeld ist zum sofortigen Eintritt

die Stelle des Leiters des Ausgleichsamtes

zu besetzen.

Fachkraft mit umfassenden Kenntnissen des Lastenausgleichswesens und guten organisatorischen Fähigkeiten. Probezeit: 1 Jahr. Angestelltenbesoldung zunächst nach Verg.Gruppe VbTO.A. Bei Bewährung später Übernahme ins Beamtenverhältnis (Besoldungsgruppe A 4 b 1). Bei Beamten Einstellung nach Besoldungsgruppe A 4 c 2 mit Aufstiegsmöglichkeiten nach A 4 b 1.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen und Lichtbild bis spätestens 20. 8. 55 an Kreisverwaltung Hünfeld. — Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Hünfeld, 20. 7. 1955

Die Kreisverwaltung

2170

Bei der Gemeindeschutzpolizei der Stadt Rüsselsheim am Main ist

die Stelle eines Kriminalkommissars

Besoldungsgruppe A 4 c 2 — zu besetzen.

Bewerber, die über hervorragende Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Kriminalistik und im Polizeidienst verfügen, die erforderlichen Fachprüfungen bestanden haben, wollen ihr Gesuch unter Beifügung eines handgeschriebenen Lebenslaufes mit Lichtbild und Zeugnisabschriften bis 15. September 1955 bei dem Personalamt der Stadt Rüsselsheim, Zimmer 46, einreichen.

Bewerber, die zum Personenkreis des Gesetzes zu Art. 131 GG gehören, haben bei gleicher Befähigung den Vorrang.

Rüsselsheim, 22. 7. 1955

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim

Veröffentlichungen

2171

Einziehung eines Weges in der Gemarkung Breitenbach a. H.

Es ist beabsichtigt, ein Teilstück der alten Hohle am Schiedberg, Kartenbl. 18, Parz. 45, als Weg benannt, einzuziehen.

Dieses Vorhaben wird hiermit gem. § 57 des Zuständigkeitsgesetzes von 1883 mit der Aufforderung bekannt gemacht, Einspruch binnen vier Wochen, zur Vermeidung des Ausschlusses bei dem unterzeichneten Bürgermeister als Wegepolizeibehörde zu machen.

Breitenbach a. H., 20. 7. 1955

Der Bürgermeister als Wegepolizeibehörde

2172

Einziehung eines öffentlichen Gewann- und eines Fußgängerweges

Es ist beabsichtigt, folgende Wege a) Flur 7, Flurstück 136/1, Gewannweg am Langacker, b) Flur 21, Flurstück 197, Weg, der Hüttenplatz, als öffentliche Wege einzuziehen.

Die Pläne liegen in Zimmer 2 des Rathauses offen. Die Einsprüche sind binnen vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Behörde anzubringen.

Dillenburg, 23. 7. 1955

Der Bürgermeister

2173

Einziehung eines Weges in der Gemarkung Hartenrod, Kreis Biedenkopf

In der Gemarkung Hartenrod, Kreis Biedenkopf, soll nach einem Beschluß der Gemeindevertretung vom 12. Juli 1955 der Weg „Weg im Ort", Flur 5, Parzelle 159, eingezogen werden.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird dieses Vorhaben veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen, und zwar in der Zeit vom 1. August bis 29. August 1955, bei der Gemeindeverwaltung Hartenrod geltend zu machen.

Das Kartenblatt hierzu liegt in der genannten Zeit auf dem Bürgermeisteramt Hartenrod, Kreis Biedenkopf, zu jedermanns Einsicht offen.

Hartenrod (Krs. Biedenkopf), 22. 7. 1955

Der Bürgermeister

2174

Einziehung eines öffentlichen Weges in der Gemarkung Limburg/Lahn

Der in der Gemarkung Limburg/Lahn gelegene, von der Ferdinand-Dirichs-Str. in der Richtung Schafsberg abzweigende öffentliche Weg, Flur 38, Flurstück 18, soll teilweise, d. h. soweit er entlang den Grundstücken Brückmann und Löw verläuft, eingezogen werden, da ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung dieses Wegestücks nicht mehr besteht.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb 4 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der Plan liegt in der angegebenen Zeit im Stadtbauamt, Werner-Senger-Straße 17, Zimmer 1, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen.

Limburg (Lahn), 23. 7. 1955

Der Magistrat als Wegeaufsichtsbehörde

Gerichtsangelegenheiten

2175

2 F 6/55: Frau Anna Barthel, geb. Renker, und Heinrich Barthel III. in Rüsselsheim, Taunusstr. 30, sowie Philipp Barthel in Rüsselsheim, Ringstraße 16, alle vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Steiner in Rüsselsheim, haben das Aufgebot zur Ausschließung der Gläubiger der folgenden, im Grundbuch für Rüsselsheim, Bd. XII, Bl. 934 in Abt. III eingetragenen Hypotheken beantragt: Nr. 19: Höchstbetragssicherungshypothek bis 2000 Goldmark für Marx Marx oHG in Groß-Gerau, Nr. 22: restl. 100,— RM nebst 6 v. H. Zinsen ab 20. 9. 1933 Sicherungshypothek für Emanuel Haas, OHG. in Wiesbaden, Schwalbacher Str. 36, Nr. 23: 925,14 RM nebst 2 v. H. über Reichsbankdiskont ab 7. 12. 1933 Hypothek für Emanuel Haas oHG. in Wiesbaden, Schwalbacher Str. 36.

Die Gläubiger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 28. September 1955, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Groß-Gerau, 14. 7. 1955 **Amtsgericht**

2176

2 F 2/55: Durch Urteil vom 20. 7. 1955 sind die Eigentümer des im Grundbuch von Eppstein, Band 5, Blatt 191, verzeichneten Grundbesitzes Ktbl. 3, Parz. 417, Garten Kirchhofshecke, 6,59 Ar, und Ktbl. 8, Parz. 709, Acker im Staufen, 7,47 Ar mit ihren Rechten ausgeschlossen worden.

Königstein (Taunus), 21. 7. 1955

Amtsgericht

2177

2 F 5/55: Der Kaufmann Rudolf Hering, Marburg (Lahn), Wilhelmstr. 19a, vertreten durch Rechtsanwälte Dres. Kaufmann und Geilhof, Marburg (Lahn), hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Marburg (Lahn), Bl. 4527 in Abt. III, Nr. 12, zugunsten der Städt. Sparkasse und Leihbank in Marburg eingetragene Aufwertungshypothek von 5 961,— GM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 6. Dezember 1955, vorm. 12 Uhr, Zimmer 14, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls

die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Marburg (Lahn), 14. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 2

2178

2 F 1/55: Durch Ausschlußurteil vom 19. 7. 1955 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Kirchvers, Blatt 389, in Abt. III unter Nr. 15 zugunsten der Kreissparkasse Marburg (Lahn) eingetragene Darlehenshypothek von 1 500 Goldmark für kraftlos erklärt worden.

Marburg (Lahn), 19. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 2

2179

F 6/55: Die Eheleute Sparkassenoberinspektor Georg Wittich und Christine geb. Reuter in Heringen/Werra, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Weigl in Heringen/Werra, haben das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Bebra, Bd. 48, Bl. 1640, eingetragenen, in der Gemarkung Bebra gelegenen Grundstücks Flur 7, Flurst. 411/172, Hofraum, Auf dem Weinberg, 0,44 Ar, gemäß § 927 BGB beantragt. Als Eigentümer steht im Grundbuch der am 15. August 1934 in Bebra, seinem letzten Wohnsitz, verstorbene Weichensteller Johannes Küch, Wilhelms Sohn, verzeichnet. Dieser und seine Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 10. Oktober 1955, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 8, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, andernfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Rotenburg an der Fulda, 22. 7. 1955

Amtsgericht

2180

3 F 1/54: In der Aufgebotssache des Zimmermeisters Hermann Reuter, Wolfenhausen/Oberlahnkreis, Antragstellers, vertreten durch: Rechtsanwalt Dr. Roeder in Runkel, wegen Aufgebot der Grundstücksmiteigentümer, hat das Amtsgericht in Runkel in der öffentlichen Sitzung vom 8. Juli 1955 durch den Assessor Gross für Recht erkannt:

Die im Grundbuch von Laubuseschbach, Band 10, Blatt 350, zu je 1/3 Idealanteil eingetragenen Miteigentümer zu 1. und 2. des Grundstücks lfd. Nr. 1, Flur 24, Parz. 177, Acker am Guckes, 2. Gew., 6,83 Ar, und Grünland am Guckes, 2. Gew., 3,10 Ar, die im Grundbuch unter dem Namen Karl Heinrich Eisenkopf und Wilhelm Eisenkopf eingetragen sind, werden mit ihren Rechten als Miteigentümer ausgeschlossen.

Runkel (Lahn), 18. 5. 1955 **Amtsgericht**

2181

F 2/55: Heinrich Fengel, Karlsruhe (Baden), Waldstraße 40a, hat das Aufgebot des in Verlust geratenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Babenhausen, Band III, Blatt 192, für die Volksbank Babenhausen in Abt. III Nr. 6 eingetragenen Grundschuld in Höhe von GM 1300,— zu 6% verzinslich, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 9. November 1955, vorm. 9.15 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 4, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Seligenstadt, 18. 7. 1955 **Amtsgericht**

Güterrechtsregistersachen

2182

GR 204: Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Georg Stieler und Barbara Elisabeth Stieler, geb. Loch, in Lingelbach, Krs. Ziegenhain. Durch Vertrag vom 16. Februar 1955 ist allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart. Eingetragen am 15. Juli 1955.

Oberaula, 15. 7. 1955

Amtsgericht Neukirchen
Zweigstelle Oberaula

Vereinsregistersachen

2183

VR 121 — Neueintragung: Nordhessische Landesbühne e. V. in Bad Hersfeld.

Bad Hersfeld, 12. 7. 1955 **Amtsgericht**

Vergleichs- u. Konkurssachen

2184

6 N 10/54: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Heinrich Brauns, Elektrogroßhandlung in Eschwege, Niederhoner Str. 6, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf Donnerstag, den 18. August 1955, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 4, bestimmt.

Eschwege, 15. 7. 1955 **Amtsgericht**, Abt. II

2185

6 N 6/54 — 16. 7. 55: Im Konkursverfahren über das Vermögen der im Handelsregister A Nr. 251 eingetragenen Firma Eduard Grosse in Eschwege und des persönlich haftenden Gesellschafters der Firma, Kaufmann Heinrich Herwig in Eschwege, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf Donnerstag, den 18. August 1955, 9.30 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Bahnhofstr. 30, Zimmer 4, bestimmt.

Eschwege, 16. 7. 1955 **Amtsgericht**, Abt. II

2186

5 VN 2/50 — Beschluß: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Schreiners Willi Käppele in Haiger, Kreuzgasse 7, wird aufgehoben, nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß der Schuldner den Vergleich erfüllt hat.

Dillenburg, 18. 7. 1955 **Amtsgericht**

2187

81 N 257/53: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Lolo du Mont, Frankfurt a. M., Friedberger Anlage 15, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 8343,95 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters, die Verfügung der Mitglieder des Gläubiger-Ausschusses, sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten. Zu berücksichtigen sind: DM 1326,47 bevorrechtigte und DM 81 756,64 nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt a. M., Abt. 81 auf.

Frankfurt (Main), 22. 7. 1955

Der Konkursverwalter
Dr. Kurt Sandmann, Rechtsanwalt
Frankfurt a. M., Schaumainkai 43a

2188

91 N 29/53: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Heinz Volmerg, Inh. der Fa. Heinz Volmerg Bauunternehmen, Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau, Frankfurt a. M., Bethmannstr. 11, soll die Schlußverteilung stattfinden. Die verfügbare Masse beträgt DM 10 695,07 abzüglich der noch nicht berechneten Verfahrenskosten. An der Schlußverteilung nehmen teil bevorrechtigte Forderungen der Klasse I im Betrage von DM 43 494,60. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt a. M. aus.

Frankfurt (Main), 23. 7. 1955

Der Konkursverwalter:
Dr. J. Dillmann
Rechtsanwalt

2189

81 N 356/53 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Kuhn, Inhaber einer Beleuchtungskörper-Großhandlung, Frankfurt a. M., Gutzkowstr. 14, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Frankfurt (Main), 18. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 81

2190

81 VN 17/55 — Beschluß: Die Frankfurter Import-Gesellschaft m. b. H. Frankfurt a. M., Großmarkthalle, Import und Großhandel von Obst, Gemüse sowie Export von Fertigwaren aller Art, hat ihren am 30. 4. 1955 gestellten Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens wieder zurückgenommen. Das Amt des vorläufigen Verwalters ist beendet.

Frankfurt (Main), 20. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 81

2191

81 N 365/53 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Mursall, Holz- und Baustoffe, Frankfurt a. Main, Friesstraße 17, wird nach Abhaltung des Schlußtermines aufgehoben.

Frankfurt (Main), 18. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 81

2192

81 N 121/54 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Heinrich Zimmer, Kaufmann u. Parkettlegermeister, Frankfurt a. M., Leipziger Str. 45, wird zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Abnahme der Schlußrechnung, Termin anberaumt auf den 8. August 1955, 10.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt a. M., Gerichtsgebäude B, Zimmer 337, III. Stock.

Frankfurt (Main), 15. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 81

2193

81 N 266/54 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Verlegers Friedrich Rudl, Frankfurt a. M., Sophienstr. 20, Alleininhaber des Verlages Friedrich Rudl, Frankfurt a. M., Neckarstr. 9, wird, nachdem der in dem Termin vom 20. Juni 1955 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 24. Juni 1955 bestätigt wurde, hierdurch aufgehoben. Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: DM 1246,— Vergütung, DM 165,50 Auslagen.

Frankfurt (Main), 15. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 81

2194

5 VN 2/55 — 18. 7. 1955 — Vergleichsverfahren: In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ludwig Füller, Fulda, Gerloser Weg 16, Inhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Ludwig Füller, Herren- und Damenmoden, Fulda, Kanalstraße 35—37, ist das gegen den Schuldner durch Beschluß vom 24. 6. 1955 erlassene allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben worden.

Fulda, 18. 7. 1955 **Amtsgericht,** Abt. 5

2195

Beschluß

N 1/1949: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Peter Danes, Kaufmann in Birkenau i. Odw., wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Samstag, den 3. September 1955, 9.30 Uhr, Zimmer 8, im Amtsgerichtsgebäude Fürth im Odw. bestimmt. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Fürth (Odw.), 10. 7. 1955 **Amtsgericht**

2196

17 N 75/54: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Fritz Weibler jun., Inhaber der eingetragenen Firma Fritz Weibler jun., Holzgroßhandlung, Kassel, Querallee 38, (Vertretungen maßgebender Möbelfabriken), ist Termin zur Gläubigerversammlung und zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 18. August 1955, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Eugen-Richter-Str. 4, Block A, Zimmer 68, anberaumt. Tagesordnung der Gläubigerversammlung: Festsetzung der Vergütung und Auslagen für die bisherige Tätigkeit der Gläubigerausschußmitglieder.

Kassel, 16. 7. 1955 **Amtsgericht**

2197

17 N 38/52: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Anni Beuth, Kassel-Ki., Am Diedichsborn 26, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und nach Ausschüttung der Masse aufgehoben.

Kassel, 30. 6. 1955 **Amtsgericht**

2198

Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Autosalon am Kochbrunnen GmbH, Wiesbaden, soll mit Genehmigung des Konkursgerichts die Schlußverteilung vorgenommen werden. Verfügbar sind 3509,86 DM. Dieser Betrag steht zur Verfügung für die restlichen Gerichtskosten, für die Ansprüche des Gläubigerausschusses sowie für die bevorrechtigten Forderungen des Finanzamtes. Für die nicht bevorrechtigten Konkursgläubiger steht keine Masse mehr zur Verfügung. Das Schlußverzeichnis ist in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wiesbaden niedergelegt.

Wiesbaden, 20. 7. 1955

Der Konkursverwalter
Schwintzer, Rechtsanwalt u. Notar

2199

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Diefenbach, Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 57/I, soll die Schlußverteilung erfolgen. Hierfür stehen rund DM 19 800,— zur Verfügung. Zu berücksichtigen sind nur nichtbevorrechtigte Gläubiger mit Forderungen von insgesamt DM 56 775,16. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt bei der Geschäftsstelle des hiesigen Konkursgerichtes offen.

Wiesbaden, 21. 7. 1955

Der Konkursverwalter
Franz Spring

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Es ist zweckmäßig, zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2200

4 K 9/55: Termin zur Aufhebung der Gemeinschaft des im Grundbuch von Klein-Hausen, Band 1, Blatt 83, für Jakob Diehl, Sechster, in Einhausen zu Alleineigentum eingetragenen Grundstück Fl. I Nr. 86, Hof- und Gebäudefläche, Josefstr. 5, 7,87 Ar. Der Einheitswert beträgt 3000,— DM. Der Schätzungswert beträgt 5100,— DM; ist bestimmt auf Freitag, den 16. September 1955, nachmittags 15 Uhr, auf der Bürgermeisterei in Einhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Bensheim, 13. 7. 1955 **Amtsgericht**

2201

Beschluß

6 K 30/55 — Zwangsversteigerung: Die im Grundbuch von Nieder-Ramstadt, Band 16, Blatt 1109, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 1, Flur 8 Nr. 55, Acker in der Röde, 26,50 Ar, Betrag der Schätzung: 5863,50 DM; lfd. Nr. 2, Flur 8 Nr. 54, Acker, daselbst, 26,62 Ar, Betrag der Schätzung: 5 989,50 DM; lfd. Nr. 3, Flur 8 Nr. 53, Acker, daselbst, 26,06 Ar, Betrag der Schätzung 5962,50 DM, sollen am Samstag, dem 17. September 1955, vorm. 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer Nr. 519, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 11. Mai 1955 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Jakob Trumpfheller in Darmstadt. Zur Abgabe von Geboten ist die Vorlage der Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamts Darmstadt erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Darmstadt, 13. 7. 1955 **Amtsgericht**

2202

6 K 17/54 — Zwangsversteigerung: Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Eschwege, Band 86, Blatt 3711, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 22. September 1955, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 4, versteigert werden. Lfd. Nr. 1, Gemarkung Eschwege, Flur 48, Flurstück 461/315, Hof- u. Gebäudefläche, Blauer Steinweg 4, 0,72 Ar, festgesetzter Wert: 2500,— DM; lfd. Nr. 2, Gemarkung Eschwege, Flur 48, Flurstück 460/315, Hofraum daselbst, 0,25 Ar, festgesetzter Wert: 485,— DM; lfd. Nr. 3, Gemarkung Eschwege, Flur 7, Flurstück 69, Grünland im Grotenpfuhl, 13,19 Ar, festgesetzter Wert: 396,— DM; lfd. Nr. 4, Gemarkung Eschwege, Flur 7, Flurstück 70, Hof- und Gebäudefläche daselbst, 0,30 Ar, festgesetzter Wert: 15,— DM, Ackerland daselbst, 9,90 Ar, festgesetzter Wert: 495,— DM, Gartenland daselbst, 9,60 Ar, festgesetzter Wert:

480,— DM. Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Juni 1954 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals: a) Witwe Amilie Matull, geb. Herzog, in Remscheid, Menninghäuser Str. 2, b) Ehefrau Emma Mauer, geb. Junker, in Eschwege, Bei der Marktkirche, c) Gärtnermeister Reinhard Junker in Eschwege, Blauer Steinweg 4, d) Lehrer Ernst Holzapfel in Wanfried, e) Lina Luise Sophie gen. Erna Grebenstein, geb. Holzapfel, in Dortmund, f) Witwe des Tischlers Georg Junker, Anna, geb. Hübenthal in Eschwege, Neustadt 30, als befreite Vorerbin in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragen. Der Grundstückswert ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG durch rechtskräftigen Beschluß vom 13. 9. 1954 auf insgesamt 4371,— DM festgesetzt worden. Die Genehmigung zur Abgabe von Geboten (zu lfd. Nr. 3 und 4 durch das Landwirtschaftsamt Eschwege) ist vom Bietenden bei der Abgabe von Geboten dem Gericht vorzulegen bei Vermeidung der Zurückweisung der Gebote.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Eschwege, 31. 5. 1955 **Amtsgericht**, Abt. II

2203

6 K 14/54 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Oberscheld, Band 19, Blatt 758, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 20. September 1955, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle, Untertor Nr. 8, Zimmer Nr. 17, versteigert werden. Lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberscheld, Kartbl. 70, Parz. 136/1, Grundsteuermutterrolle Nr. 984, Gebäudesteuerrolle Nr. 415, Hofraum Namberg, 4,78 Ar. Der Versteigerungsvermerk ist am 13. August 1954 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals die Eheleute Hermann Siebler und Emmy, geb. Dudeck, in Oberscheld je zur ideellen Hälfte eingetragen. Der Grundstückswert wurde mit Beschluß des Amtsgerichts Dillenburg vom 15. September 1954 auf 14 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Dillenburg, 2. 7. 1955 **Amtsgericht**

2204

84 K 154/54 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Erbbaugrundbuch von Schwanheim, Bd. 106, Bl. 2663, im Bestandsverzeichnis Nr. 1 eingetragene Erbbaurecht an dem nachstehend beschriebenen Grundstück am 21. September 1955, 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden. Gemarkung Schwanheim, Flur 37, Flurst. 202/8450, bebauter Hofraum und Hausgarten Sonnenweg 55, 8,11 Ar. Der Versteigerungsvermerk ist am 10. März 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Erbbauberechtigter war damals der kaufm. Angestellte Karl Wendelin Elgert, Frankfurt a. M.-Schwanheim, eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 13. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 84

2205

84 K 128/54 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Unterliederbach, Bd. 22, Bl. 544, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 27. September 1955, 14 Uhr, an der Gerichtsstelle Ffm.-Höchst, Zuckschwertstr. 58, Zimmer 23, versteigert werden. Lfd. Nr. 1, Gemarkung Unterliederbach, Flur 11, Flurstück 51/1, a) Bebauter Hofraum Euckenstr. 18, 2,80 Ar; lfd. Nr. 5, Gemarkung Unterliederbach, Flur 11, Flurst. 699/49, Hofraum Euckenstr., 0,80 Ar; lfd. Nr. 6, Gemarkung Unterliederbach, Flur 11, Flurstück 703/49, Acker vor dem grauen Stein, 1,95 Ar. Der Versteigerungsvermerk ist am 12. Januar 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals der Vorarbeiter Otto Witzel und der Rentner Josef Witzel in Ffm.-Unterliederbach, je zur ideellen Hälfte, eingetragen. Der Wert der Grundstücke wird gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf 17 550 DM festgesetzt, und zwar für lfd. Nr. 1 auf 17 000 DM, lfd. Nr. 5 auf 160 DM und lfd. Nr. 6 auf 390 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 16. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 84

2206

84 K 22/55 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Frankfurt/M., Bezirk Bockenheim, Bd. 37, Bl. 1764, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 21. September 1955, 9.30 Uhr, an d. Gerichtsstelle Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden. Lfd. Nr. 1, Gemarkung Bockenheim, Flur E, Flurst. 67b, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 2063, beb. Hofr. Schloßstr. 47, 2,21 Ar; lfd. Nr. 2, Gem. Bockenheim, Flur E, Flurst. 295/66 pp, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 2064, beb. Hofr. Schloßstr. 47b, 1,86 Ar; lfd. Nr. 3, Gem. Bockenheim, Flur E, Flurst. 262/67a, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 2061, beb. Hofr. Schloßstr. 45, 6,50 Ar; lfd. Nr. 4. Gem. Bockenheim, Flur E, Flurst. 261/67, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 2064, beb. Hofr Schloßstr. 47a, 2,47 Ar; lfd. Nr. 5, Gem. Bockenheim, Flur E, Flurst. 292/69 pp, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 2049, beb. Hofr. Schloßstr. 41, 2,07 Ar; lfd. Nr. 6, Gem. Bockenheim, Flur E, Flurst. 259/66, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 2068, beb. Hofr. Schloßstr. 49 u. Kurfürstenstr. 44, 2,72 Ar; lfd. Nr. 7, Gem. Bockenheim, Flur E, Flurst. 294/68, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 2055, beb. Hofr. Schloßstr. 43, 4,32 Ar; lfd. Nr. 8, Gem. Bockenheim, Flur E, Flurst. 293/68 pp, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 2050, beb. Hofr. Schloßstr. 41a, 2,45 Ar; lfd. Nr. 9, Gem. Bockenheim, Flur E, Flurst. 7aa, Lieg.-Buch 1808, Geb.-Buch 1516 pl., Garten, Kurfürstenstr. 40, 2,16 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. März 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümerin war damals die Firma Autohaus Schloß-Garage G. m. b. H. & Co., Komm. Ges. in Frankfurt/M, Schloßstraße 45—47a, eingetragen. Die Verkehrswerte der Grundstücke werden gemäß § 74a ZVG Abs. 5, wie folgt festgesetzt: für die Grundstücke lfd. Nr. 1, 3, 4 u. 9 auf 330 000 DM und für die Grundstücke lfd. Nr. 2 auf 6900 DM, lfd. Nr. 5 auf 7600 DM, lfd. Nr. 6 auf 9100 DM, lfd. Nr. 7 auf 13 000 DM und lfd. Nr. 8 auf 8900 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 14. 7. 1955

Amtsgericht, Abt. 84

2207

Beschluß

K 30/54: In dem Zwangsversteigerungsverfahren des Zimmermeisters Johann Wilhelm Scherer, Nieder-Florstadt, wird die Terminbestimmung vom 25. 5. 1955 dahingehend berichtigt, daß der Zeitpunkt des Versteigerungstermins nicht auf „Montag", sondern auf „Donnerstag, den 25. 8. 1955, 10 Uhr," bestimmt ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Friedberg (Hessen), 20. 7. 1955

Amtsgericht

2208

3 K 12/55 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Lahr, Band 7, Blatt 258, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 28. 9. 1955, 10.30 Uhr, an der Gerichtsstelle, Gymnasiumstraße 6, Zimmer Nr. 1, versteigert werden. Lfd. Nr. 1, Lahr, Kbl. 17, Parz. 47, Grünland Breitwiese, 8,45 Ar; lfd. Nr. 2, Lahr, Kbl. 23, Parz. 205, Ackerland Weltersbühl, 12,60 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. 6. 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Karl Blum, geb. 31. 5. 1915 zu Essen, eingetragen. Der Wert der Grundstücke wird gemäß § 74a ZVG auf 260,— und 300,— DM = 560,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Hadamar, 16. 7. 1955 **Amtsgericht**

2209

2 K 3/55 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Hochheim (Main), Band 51, /Blatt Nr. 2068, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 21. September 1955, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle in Hochheim a. Main, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Gemarkung /Hochheim (Main), Liegenschaftsbuch 2075: Lfd. Nr. 1, Flur 36, Flurstück 251, Weingarten, Bremenbusch, 5,36 Ar; lfd. Nr. 2, Flur 36, Flurstück 256, Weingarten, Im Orben, 1,29 Ar; lfd. Nr. 6, Flur 32, Flurstück 10, Acker, Im Gehrn, 10,06 Ar; lfd. Nr. 11, Flur 32, Flurstück 7, Acker, Im Gehrn, 12,74 Ar; lfd. Nr. 14, Flur 32, Flurstück 11, Acker, Im Gehrn, 10,33 Ar; lfd. Nr. 15, Flur 31, Flurstück 352/261, Acker, Im Langensand, 24,02 Ar; lfd. Nr. 16, Flur 31, Flurstück 394/260, Acker, Im Langensand, 15,24 Ar; lfd. Nr. 22, Flur 32, Flurstück 6, Acker, Im Gehrn, 19,29 Ar; lfd. Nr. 23, Flur 31, Flurstück 263, Acker, Im Langensand, 7,10 Ar; lfd. Nr. 32, Flur 34, Flurstück 342/3, Acker, Im Langmörsch, 6,29 Ar; lfd. Nr. 39, Flur 17, Flurstück 36, Acker, Die Birnbäume, 15,58 Ar; lfd. Nr. 40, Flur 6, Flurstück 50, Acker, Auf d. Untere, 18,38 Ar; lfd. Nr. 41, Flur 33, Flurstück 179, Weingarten, Im Eberland, 7,69 Ar;

lfd. Nr. 42, Flur 33, Flurstück 177, Weingarten, Im Eberland, 4,21 Ar; lfd. Nr. 43, Flur 5, Flurstück 188, Acker, Auf dem Massenheimer Weg, 36,36 Ar; lfd. Nr. 44, Flur 7, Flurstück 88, Acker, Ober dem Wickerergrund, 22,04 Ar; lfd. Nr. 45, Flur 7, Flurstück 66, Acker, Am Weißenstein, 30,79 Ar; lfd. Nr. 51, Flur 20, Flurstück 18, Acker, Auf dem Wiesenweg vor dem Hühnerberg, 14,95 Ar; lfd. Nr. 52, Flur 18, Flurstück 41, Acker, Im Fenzel, 36,07 Ar; lfd. Nr. 53, Flur 47, Flurstück 113, Acker, Auf die Langwies und Windeeichen, 12,04 Ar; lfd. Nr. 54, Flur 36, Flurst. 366/205, Weing., Im Reichstal, 2,22 Ar; lfd. Nr. 55, Flur 29, Flurst. 28, Weingarten, Sommerheil, 5,60 Ar; lfd. Nr. 56, Flur 31, Flurst. 355/171, Acker, Im Sand, 7,65 Ar; lfd. Nr. 57, Flur 31, Flurstück 356/172, Acker, Im Sand, 7,09 Ar; lfd. Nr. 58, Flur 31, Flurstück 357/173, Acker, Im Sand, 3,95 Ar; lfd. Nr. 59, Flur 32, Flurstück 8, Acker, Im Gehrn, 10,11 Ar; lfd. Nr. 60, Flur 34, Flurstück 154, Weingarten, Untere Wiener, 5,04 Ar; lfd. Nr. 61, Flur 34, Flurstück 153, Weingarten, Untere Wiener, 6,38 Ar; lfd. Nr. 62, Flur 17, Flurstück 37, Acker, die Birnbäume, 29,55 Ar; lfd. Nr. 63, Flur 31, Flurstück 254, Acker, Im Langensand, 9,62 Ar; lfd. Nr. 64, Flur 31, Flurstück 264, Acker, Im Langensand, 9,36 Ar; lfd. Nr. 65, Flur 34, Flurstück 345/6, Acker, Im Langmörsch, 6,48 Ar; lfd. Nr. 66, Flur 34, Flurstück 344/6, Acker, Im Langmörsch, 3,44 Ar; lfd. Nr. 67, Flur 34, Flurstück 343/4, Acker, Im Langmörsch, 7,77 Ar; lfd. Nr. 20, Flur 31, Flurstück 390/258, Acker, Im Langensand, 16,51 Ar; lfd. Nr. 21, Flur 31, Flurstück 391/258, Acker, Im Langensand, 0,55 Ar.

Gemarkung Hochheim (Main), Lieg.-B. 2075, Gebäude-B. 648, lfd. Nr. 46, Flur 31, Flurstück 438/262 etc., bebauter Hofraum mit Hausgarten, 14,27 Ar; lfd. Nr. 47, Flur 31, Flurstück 434/232, wie vor, 1,09 Ar; lfd. Nr. 48, Flur 31, Flurstück 432/232, wie vor, 1,15 Ar; lfd. Nr. 49, Flur 31, Flurstück 393/259, Mainweg Nr. 12, 1,25 Ar; lfd. Nr. 50, Flur 31, Flurstück 392/259, Hofraum Mainweg, 1,20 Ar und 16,92 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. 5. 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals die a) Gertrud Elisabeth Deneffe, geb. Raaf, geschiedene Gompf, b) Anna Maria Raaf, beide in Hochheim/Main, in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragen.

Kaufinteressenten werden darauf hingewiesen, daß sie die verzeichneten Grundstücke nur bei Vorlage einer landwirtschaftsgerichtlichen Genehmigung erwerben können und auf Verlangen im Termin 10 v. H. des Bargebots leisten müssen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Hochheim (Main), 9. 7. 1955 **Amtsgericht**

2210

2 K 14/54 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Breckenheim, Band 25, Blatt Nr. 962, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 24. September 1955, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Kirchstr. 21, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Gemarkung Breckenheim, lfd. Nr. 5, Flur 36, Flurstück 20, Acker, Mittelgewann, 1,05,67 Hektar; lfd. Nr. 6, Flur 18, Flurstück 156, Geb.-B. 67, bebauter Hofraum, 3,68 Ar; lfd. Nr. 7, Flur 18, Flurstück 153/2, Hofraum, Löffelgasse 68, 1,00 Ar; lfd. Nr. 8, Flur 28, Flurstück 16, Acker, Obere Ahl, 31,05 Ar; lfd. Nr. 9, Flur 36, Flurstück 76, Acker, An der Nordenstädter Straße, 1,20,43 Hektar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. 9. 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Bauer Wilhelm Kern, Breckenheim, eingetragen. Kaufinteressenten werden darauf hingewiesen, daß sie u. U. eine Genehmigung des Amtsgerichts, Abt. f. Landwirtschaftssachen, zum Erwerb der Grundstücke haben müssen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Hochheim (Main), 9. 7. 1955 **Amtsgericht**

2211

K 2/54 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Großenbach, Bezirk Hünfeld, Band 9, Blatt 362, eingetragene Grundstück Nr. 1, Gemarkung Großenbach, Flur 13, Flurstück 36/1, Hof- und Gebäudefläche am Mackenzeller Berge, Haus Nr. 109, 6,26 Ar, soll am 19. Oktober 1955, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Hünfeld, Hauptstr. 24, Zimmer Nr. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 17. Februar 1955 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Karl Wallner in Großenbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Hünfeld, 13. 7. 1955 **Amtsgericht**

2212

K 1/55 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Idstein, Band 9, Blatt Nr. 311, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 13. Oktober 1955, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle Gerichtsstraße 1, Zimmer Nr. 8, versteigert werden.

Lfd. Nr. 9, Gemarkung Idstein, Flur 21, Flurstück 7, Hof- und Gebäudefläche, Schäfergasse 6, 2,69 Ar; lfd. Nr. 10, Gemarkung Idstein, Flur 34, Flurstück 77, Ackerland auf dem Gänsberg, 32,19 Ar. Der Versteigerungsvermerk ist am 4. April 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Bäckermeister Karl Schütz IV. (Sohn von Karl III.), in Idstein eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Idstein (Taunus), 8. 7. 1955 **Amtsgericht**

2213

18 K 57/54 — Zwangsversteigerung: Am 5. Oktober 1955, 11 Uhr, soll beim Amtsgericht, Eugen-Richter-Str. 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung der 1/4-Anteil der im Grundbuch von Wehlheiden, Band 9, Blatt 220, eingetragenen Grundstücke Gemarkung Habichtswald, lfd. Nr. 6, Flur 9, Flurstück 314/41, Größe: 13,53 Ar; lfd. Nr. 7, Flur 9, Flurstück 472/39, Größe: 10,68 Ar, zu lfd. Nr. 6 und 7: Hof- und Gebäudefläche, Krähhahnstr. 10, versteigert werden. Eingetragener Eigentümer des Anteils am 18. 10. 1954, dem Tage der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks: Autoschlosser Rudolf Lehmann, Kassel-W.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Kassel, 21. 7. 1955 **Amtsgericht**

2214

K 8/54 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Korbach, Bd. 79, Bl. 2474, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 21. September 1955, vorm. 9 Uhr, an der Gerichtsstelle, Hagenstr. 2, Zimmer Nr. 5, versteigert werden. Lfd. Nr. 8, Gemarkung Korbach, Kartenblatt 7, Flurstück 47/13, Liegenschaftsbuch Nr. 2599, Gebäudebuch Nr. 1240, Hofraum, Waldmannsbreite Nr. 54 — Wohnhaus — 7,45 Ar. Eingetragener Eigentümer am 15. November 1954 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurermeister Fritz Berges in Dorfitter. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 29 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Korbach, 9. 7. 1955 **Amtsgericht**

2215

K 6/55 — Zwangsversteigerung: Zum Zwecke der Aufhebung der ungeteilten Erbengemeinschaft sollen die im Grundbuch von Lauterbach, Band IV, Blatt 184, eingetragenen, nachstehend bezeichneten Grundstücke am Montag, dem 17. Oktober 1955, 15 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht im Gerichtsgebäude, Sitzungssaal, versteigert werden. Ord. Nr. 1, Flur I Nr. 930, Gartenland unter der Mang, 0,45 Ar; Ord. Nr. 2, Flur I Nr. 932, Hof- und Gebäudefläche, Entenberg 3, 0,44 Ar; Ord. Nr. 3, Flur I Nr. 934, Hof- und Gebäudefläche, Entenberg 3, 2,19 Ar; Ord. Nr. 4, Flur I Nr. 935, Hof- und Gebäudefläche, Entenberg 3, 0,72 Ar; Ord. Nr. 25, Flur II Nr. 320, Gartenland das unterste Lückenteil, 1,97 Ar; Ord. Nr. 26, Flur IV Nr. 31, Ackerland vor dem Ochsenberg, 29,57 Ar; Ord. Nr. 27, Flur VI Nr. 181, Gartenland am Hopfenberg, 6,40 Ar; Ord. Nr. 28, Flur VII Nr. 53, Grünland/Unland am Weißgerbersberg, 68,10/1,60 Ar; Ord. Nr. 29, Flur VIII Nr. 132, Ackerland/Unland an der langen Trift, 53,12/1,20 Ar; Ord. Nr. 30, Flur VIII Nr. 135, Grünland im Elands, 29,39 Ar; Ord. Nr. 31, Flur XII Nr. 89, Grünland Am Pfützenweg, 20,87 Ar; Ord. Nr. 32, Flur XV Nr. 47, Ackerland am Altenberg, 40,61 Ar. Der Versteigerungsvermerk ist am 14. April 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals eingetragen: a) Heinrich Flach, Fünfter, zu 1/4,, b) dessen Ehefrau Juliane Flach, geb. Hainer, zu 1/4 und c) Leonhard Flach zu 1/2. Die Grundstückswerte werden gemäß § 74a ZVG wie folgt festgesetzt: Ord. Nr. 1—4 = 14 000,— DM, Ord. Nr. 25 = 295,50 DM, Ord. Nr. 26 = 500,— DM, Ord. Nr. 27 = 1280,— DM, Ord. Nr. 28 = 1400,— DM, Ord. Nr. 29 = 1000,— DM, Ord. Nr. 30 = 600,— DM, Ord. Nr. 31 = 500,— DM, Ord. Nr. 32 = 800,— DM. Bei Abgabe von Geboten ist die Genehmigung des Landwirtschaftsamtes bzw. des Bauerngerichts Lauterbach, je nachdem ob der Steigerer weniger oder mehr als 1 Hektar Land erwerben will, vorzulegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Lauterbach (Hessen), 20. 7. 1955 **Amtsgericht**

Fortsetzung der Spalte „Zwangsversteigerungen" Seite 788.

BUDERUS'SCHE EISENWERKE WETZLAR

Aktiva	Stand am 1. Jan. 1954 DM	Zugang DM	Abgang DM	Abschreibungen DM	Stand am 31. Dez. 1954 DM
Anlagevermögen					
Grubengerechtsame	1,00	—	—	—	1,00
Grundstücke — unbebaut	724 861,00	192 172,10	143 526,10	—	773 507,00
Geschäfts- und Wohngebäude	5 802 166,00	1 310 751,82	390 470,00	247 281,82	6 475 166,00
Betriebsgebäude und andere Baulichkeiten	8 163 060,00	900 731,05	165 726,00	553 837,05	8 344 228,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	10 763 792,00	5 957 442,67	761 876,00	3 227 242,67	12 732 116,00
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 430 859,00	1 329 392,71	20 235,00	1 341 235,71	3 398 781,00
Patente	5 000,00	—	—	4 999,00	1,00
	28 889 739,00	9 690 490,35	1 481 833,10	5 374 596,25	31 723 800,00
Anzahlungen auf Neuanlagen	266 595,26	—	—	—	295 323,00
Beteiligungen	5 297 660,11	4 128 880,37	—	—	9 426 540,48
Umlaufvermögen					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			20 277 684,65		
Halbfertige Erzeugnisse			4 106 950,99		
Fertige Erzeugnisse			7 692 883,31	32 077 518,95	
Wertpapiere				5 362 522,95	
Baudarlehen (voll wertberichtigt) — davon DM 4 340 000,00 an eine Beteiligungsgesellschaft —				9 520 200,98	
Anzahlungen (sonstige)				72 175,00	
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen				36 023 683,34	
Forderungen an Beteiligungsgesellschaften				6 224 890,17	
Forderungen gemäß § 80 AktG				9 008,45	
Sonstige Forderungen				2 060 364,18	
Wechsel und Schecks				550 047,89	
Kasse, Landeszentralbank- und Postscheckguthaben				448 280,14	
Bankguthaben				14 800 844,32	107 149 536,37
Rechnungsabgrenzung					
Disagio				121 450,00	
Sonstige				125 454,28	246 904,28
					148 842 104,13

Gewinn- und Verlust-Rechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1954

Aufwendungen	DM	DM
Löhne und Gehälter		48 101 556,50
Soziale Abgaben		5 034 520,97
Abschreibungen auf das Anlagevermögen		5 374 596,25
Zinsen		488 619,17
Steuern		
Steuern vom Ertrag und Vermögen	5 309 680,03	
Sonstige Steuern	8 904 127,69	14 213 807,72
Zuweisung zur Unterstützungskasse		1 500 000,00
Außerordentliche Aufwendungen		2 494 480,93
Gewinn		
Gewinnvortrag aus 1953	72 645,00	
Gewinn in 1954	2 209 546,70	2 282 191,70
		79 489 773,24

Erträge	DM
Gewinnvortrag aus 1953	72 645,00
Ausweispflichtiger Rohüberschuß (nach Organschaftsabrechnung)	78 181 360,18
Erträge aus Beteiligungen	180 030,03
Außerordentliche Erträge	1 055 738,03
	79 489 773,24

Wetzlar, im Juni 1955

Der Vorstand

Dr.-Ing. E. h. Grabowski Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Grosser Dipl.-Ing. Hornung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

Frankfurt a. M., im Juni 1955

Deutsche Treuhand-Gesellschaft

Dr. Brinckmann Wirtschaftsprüfer

ppa. Bung Wirtschaftsprüfer

Bilanz
zum 31. Dezember 1954

Passiva		DM	Stand am 31. Dez. 1954 DM
Grundkapital			26 000 000,00
— bedingtes Kapital DM 8 500 000,00 —			
Rücklagen			
Gesetzliche Rücklage	DM 7 944 279,85		
Zuführung gemäß § 47 DMBG	DM 2 920,00		
	DM 7 947 199,85		
Entnahme (Verm.-Abgabe 1954)	DM 968 635,93	6 978 563,92	
Freie Rücklage		19 529 360,02	
Rücklage für Ersatzbeschaffung		8 853 663,24	35 361 587,18
Rückstellungen			
für Ruhegeldverpflichtungen		5 528 332,56	
Sonstige Rückstellungen		14 349 002,11	19 877 334,67
Wertberichtigungen auf das Umlaufvermögen			13 183 995,98
6½%-Wandelanleihe von 1952			
— erststellig hypothekarisch gesichert —			8 500 000,00
Verbindlichkeiten			
Hypotheken		67 196,66	
Anzahlungen von Kunden		2 460 218,51	
Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen		13 746 328,54	
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsgesellschaften		3 861 122,44	
Sonstige Verbindlichkeiten		6 260 574,88	
Akzepte		4 400 000,00	
Verbindlichkeiten gegenüber Banken		3 950 000,00	34 745 441,03
Stiftungen			277 277,00
Unterstützungskasse für Arbeiter und Angestellte der A.G. Buderus'sche Eisenwerke in Wetzlar e. V.			8 546 974,94
Rechnungsabgrenzung			67 301,63
Gewinn			
Gewinnvortrag aus 1953		72 645,00	
Gewinn in 1954		2 209 546,70	2 282 191,70
Bürgschaften	DM	593 155,81	
Vermögensabgabe im Lastenausgleich (vorläufige Werte):			
Gegenwartswert	DM	14 864 133,15	
Vierteljahresbetrag	DM	249 302,00	
			148 842 104,13

In der Hauptversammlung vom 15. Juli 1955 ist für das Geschäftsjahr 1954 die Ausschüttung einer Dividende von 8% beschlossen worden. Die Ausschüttung der Dividende erfolgt abzüglich 25% Kapitalertragsteuer auf den Gewinnanteilschein Nr. 4 unserer Aktien.

Die Auszahlung erfolgt ab sofort bei:
Unserer Gesellschaftskasse in Wetzlar;
Commerz- und Credit-Bank Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M., Gießen, Kassel, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Wetzlar und Wiesbaden;
Commerz- und Disconto-Bank Aktiengesellschaft in Hamburg;
Bankverein Westdeutschland Aktiengesellschaft in Düsseldorf, Dortmund, Essen und Köln;
Süddeutsche Bank Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M., Kassel, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart und Wiesbaden;
Norddeutsche Bank Aktiengesellschaft in Hamburg;
Rheinisch-Westfälische Bank Aktiengesellschaft in Düsseldorf, Dortmund, Essen, Köln und Wuppertal-Elberfeld;
Rhein-Main-Bank Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M., Gießen, Kassel, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart und Wiesbaden;
Hamburger Kreditbank Aktiengesellschaft in Hamburg;
Rhein-Ruhr-Bank Aktiengesellschaft in Düsseldorf, Dortmund, Essen und Köln;
Bankhaus B. Metzler seel. Sohn & Co. in Frankfurt a. M.;
Bankhaus von der Heydt-Kersten und Söhne in Wuppertal-Elberfeld;
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft in Berlin;
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft in Berlin;
Berliner Disconto Bank Aktiengesellschaft in Berlin.

Aufsichtsrat: Direktor Dr. rer. pol. Hanns Deuß, Düsseldorf (Vorsitzer); Direktor Dr. jur. Robert Frowein, Frankfurt a. M. (stellv. Vorsitzer); Bergassessor Otto Kippenberger, Gießen; Direktor Dr. jur. Hans Simon, Köln; Professor Dr.-Ing. Dr. mont. Alfons Wagner, Aschau; Direktor Dr. rer. pol. h. c. Hugo Zinßer, Frankfurt a. M.; Ernst Klinkel, Lollar; Heinrich Schmidt, Ewersbach; Helmut Wenzlaff, Wetzlar.

Vorstand: Dr.-Ing. E. h. Franz Grabowski, Wetzlar (Vorsitzer); Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Franz Grosser, Wetzlar; Dipl.-Ing. Otto Hornung- Wetzlar (stellv. Vorstandsmitglied).

Wetzlar, den 16. Juli 1955

Der Vorstand

2216

3 K 21/54 — Zwangsversteigerung: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Lorch, Bd. 35 u. 24, Bl. 1390 u. 958, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke auf Antrag des Miterben Franz Steinmetz am 14. November 1955, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Feldstr. 9, Zimmer 12, versteigert werden.

Gemarkung Lorch: Lfd. Nr. 1, Flur 41, Flurstück 408, L. B. 2262, Weingarten Röder, 3,49 Ar; lfd. Nr. 2, Flur 72, Flurstück 417/169, Weingarten Niederflur, 1,61 Ar; lfd. Nr. 3, Flur 72, Flurstück 172, desgl. 0,90 Ar; lfd. Nr. 4, Flur 83, Flurstück 320, Weingarten Kapellen, 1,87 Ar; lfd. 5, Flur 83, Flurstück 392, Ackerland Lehren, 2,89 Ar; lfd. Nr. 6, Flur 49, Flurstück 25/596, Ackerland Unterstal, 11,73 Ar; lfd. Nr. 7; Flur 49, Flurstück 41, desgl., 16,82 Ar; lfd. Nr. 8, Flur 42, Flurstück 779/125, Ackerland Geisberg, 11,69 Ar; lfd. Nr. 9, Flur 42, Flurstück 126, Weingarten Geisberg, 4,30 Ar; lfd. Nr. 10, Flur 49, Flurstück 27, Ödland Unterstal, 37,74 Ar; lfd. Nr. 11, Flur, 53, Flurstück 216, desgl. Buchen, 10,68 Ar; lfd. Nr. 12, Flur 72, Flurstück 155, desgl. Niederflur, 1,97 Ar; lfd. Nr. 13, Flur 72, Flurstück 159, Weingarten das., 2,79 Ar; lfd. Nr. 14, Flur 72, Flurstück 325/161, desgl., 0,77 Ar; lfd. Nr. 15, Flur 49, Flurstück 22, Ackerland Unterstal, 14,12 Ar; lfd. Nr. 16, Flur 49, Flurstück 15, desgl., 5,60 Ar; lfd. Nr. 17, Flur 53, Flurstück 142, Ackerland Buchen, 4,46 Ar; lfd. Nr. 18, Flur 53, Flurstück 165, Wiese Buchen, 8,55 Ar; lfd. Nr. 19, Flur 83, Flurstück 15, Weingarten Lehren, 8,97 Ar; lfd. Nr. 20, Flur 83, Flurstück 110, Weing. Kohlfeld, 10,10 Ar; lfd. Nr. 21, Flur 83, Flurstück 376, Weing. Lehren, 8,73 Ar; lfd. 22, Flur 84, Flurstück 166, Weing. Sesselberg, 5,28 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Januar 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Winzer Peter Anselm Müller allein bzw. die Eheleute Peter Anselm Müller und Anna geb. Birsinger als Miteigentümer kraft übergeleiteter Errungenschaftsgemeinschaft eingetragen. Vor Abgabe von Geboten ist eine Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes in Eltville vorzulegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Rüdesheim (Rhein), 16. 7. 1955

Amtsgericht

2217

7 K 15/55 — Zwangsversteigerung: Am Freitag, dem 23. September 1955, 9.30 Uhr, soll im hiesigen Amtsgerichtsgebäude, Zimmer 37, das im Grundbuch von Offenbach a. M., Bd. 118, Bl. 3276, unter lfd. Nr. 1, Offenbach/M., Flur 22 Nr. 102, Hofreite Haus Nr. 7, Landgrafenring, 2,63 Ar, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (18. Mai 1955) auf die Namen 1. Ernst Paul Oberländer in Neustrelitz, 2. Heinrich Karl Oberländer in Steinau, 3. Gertrude Ernestine Kessler geb. Oberländer verw. Schinz in Offenbach/M in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragene Grundstücksdrittel zum Zwecke der Auseinandersetzung versteigert werden. Der Verkehrswert des Drittels wird auf 12 550 DM festgesetzt (§ 74 a V ZVG). Auf Verlangen eines Beteiligten haben Bieter für abgegebene Bargebote Sicherheit in Höhe von 1/10 ihres Bargebotes sofort im Termine zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Offenbach (Main), 13. 7. 1955

Amtsgericht

2218

K 10/54 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Schlüchtern, Band 50, Blatt 1535, eingetragenen Grundstücke Gemarkung Schlüchtern, Flur T Nr. 169, bebauter Hofraum, Krämerstr. 13, 1,61 Ar; Flur T Nr. 170, Hausgarten, daselbst, 0,97 Ar, am 27. September 1955, 9 Uhr, an Gerichtsstelle in Schlüchtern, Dreibrüderstraße 10, Zimmer Nr. 3, versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 4. September 1954 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Bäcker Konrad Kohlhepp in Uttrichshausen eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Schlüchtern, 19. 7. 1955 **Amtsgericht**

2219

6 K 32/53 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am Mittwoch, dem 24. August 1955, vorm. 9 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle, Wertherstraße 2, Zimmer 32, das im Grundbuch von Krofdorf-Gleiberg, Band 59, Blatt 2127 (eingetragener Eigentümer am 26. November 1953, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Schmied Karl Bittendorf — Sohn von Karl — in Krofdorf) eingetragene Grundstück Flur 24, Parz. 764/294, Hof- und Gebäudefläche, Rodheimer Str. 15, 1,53 Ar, versteigert werden. Festgesetzter Wert gemäß § 74a ZVG: 8300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Wetzlar, 30. 6. 1955 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

2220

Verlust von Sparkassenbüchern

Die nachstehend aufgeführten und von uns ausgestellten Sparkassenbücher sind abhanden gekommen.

Die Inhaber dieser Sparkassenbücher und alle Personen, die Ansprüche daraus zu haben glauben, werden hiermit aufgefordert, innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ihre Rechte bei der Kreissparkasse zu Ziegenhain geltend zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist werden die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt.

Sparbuch	Name des Sparers	Antragsteller
1. Aussteller: Kreissparkasse zu Ziegenhain		
3504 B	Anna Elisabeth Idt, Schrecksbach	Anna Elisabeth Heipel, Schrecksbach
4878 B	Friedrich George, Schrecksbach	Maria Elisabeth George, Schrecksbach
5358 B	Martha Elisabeth Riebeling, Röllshausen	Elisabeth Riebeling, Röllshausen
7921 B	Martha Euler, Sachsenhausen	Heinrich Euler, Sachsenhausen
8974 B	Johannes Grein, Merzhausen	Anna Elisabeth Thomas, Merzhausen
11 740 B	Heinrich Schneider, Spieskappel	Heinrich Schneider, Spieskappel
13 940 B	Eheleute Konrad Schott, Oberaula	Konrad Schott, Oberaula
14 029 B	Jakob Gerhard Euler. Sachsenhausen	Heinrich Euler, Sachsenhausen
21 457 A	Georg Albrecht, Frielendorf	Georg Albrecht, Frielendorf
2. Aussteller: Kreissparkasse zu Ziegenhain, Hauptzweigstelle Neukirchen		
2595 B	Anna Martha Diehl, Schorbach	Anna Martha Diehl, Schorbach
2756 B	Heinrich Dörr, Röllshausen	Reinhard Dörr und Annemarie Dickel, Röllshausen
23 000 B	Elise Buch, Neukirchen	Elise Buch, Neukirchen
40 510	Friedrich Wilhelm Braun, Riebelsdorf	Friedrich Wilhelm Braun, Riebelsdorf

Ziegenhain (Bez. Kassel). 21. 7. 1955

Der Vorstand der Kreissparkasse zu Ziegenhain

Staatsanzeiger für das Land Hessen. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich: für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH., Frankfurt (Main), Münchener Str. 54, Tel. 3 12 14 und 3 11 96. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden.

Fortlaufender Bezug nur durch die Postanstalten. Bezugspreis vierteljährlich DM 2,25 zuzüglich DM 0,27 Zustellgebühr. Einzelstücke nur vom Verlag gegen Vorauszahlung von DM 0,45 (einschl. Versandkosten) auf Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 1173 37, Verlag Kultur und Wissen GmbH., Ffm. Anzeigenpreis im Öffentlichen Anzeiger zum Staats-Anzeiger lt. Anzeigen-Preisliste Nr. 1 vom 1. 10. 1954. — Anzeigenannahme und Vertrieb: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11a, Tel. 2 58 61. Geschäftszeit: täglich 9—17 Uhr, samstags 9—12 Uhr. Umfang der vorliegenden Ausgabe: 24 Seiten. Auflage 8700.